Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung.

Mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Die Neue Welt" und einer wöchentlichen Unterhaltungsbeilage.

Der „Lübecker Volksbote" erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt vierteljährlich 2,00 Mark, monatlich 70 Pfennig.

Redaktion u. Geschäftsstelle: Johannisstraße Nr. 46.

Fernsprecher: Nr. 926.

Die Anzeigengebühr beträgt für die fünfgespaltene Petitzeile oder deren Raum 20 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 30 Pfg. — Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 56. Dienstag, den 8. März 1910. 17. Jahrg.

Hierzu eine Beilage.

Nichts gelernt und nichts vergessen.

Es ist nicht uninteressant, inmitten des Wahlrechtskampfes in Preußen einmal einen Blick auf das erste preußische Abgeordnetenhaus zu werfen, das seinerzeit auf Grund der vom König Friedrich Wilhelm IV. im Dezember 1848 oktroyierten Verfassung mit allgemeinem Wahlrecht ins Leben getreten war. Man wird daraus ersehen, daß sich die preußischen Junker in den dazwischen liegenden sechzig Jahren nicht geändert haben.

Am 3. April 1849 hatte der König von Preußen die ihm vom Frankfurter Parlament angebotene Kaiserkrone als „einem imaginären Reif, aus Dreck und Letten gebacken" und „mit dem Lindergeruch der Revolution behaftet", abgelehnt. Aber die zweite Kammer, in der sich eine starke Demokratie befand, hielt an den Errungenschaften von 1848 fest, wenn auch die radikalen Demokraten, namentlich Lothar Bucher, die spätere rechte Hand Bismarcks, die Verfassung selbst, als durchaus unzulänglich, verwarfen.

Der ehemalige Minister Rodbertus, der bekannte Nationalökonom, hatte den Antrag eingebracht, die preußische Regierung möge an der Frankfurter Reichsverfassung festhalten. Eine Kommission berichtete am 21. April 1849 über den Antrag und Ministerpräsident von Brandenburg, der verantwortliche Herausgeber der beiden preußischen Staatsstreiche, das Hauptwerkzeug der berüchtigten Kamarilla im Berliner Schlosse, entgegnete, die preußische Regierung habe auch gewünscht, Deutschland zu einem Bundesstaate zu vereinigen, aber jetzt gehe es nicht mehr. Die monarchische Frankfurter Reichsverfassung war für diesen Herrn viel zu demokratisch. Er sagte: „Ich erkenne die Macht der öffentlichen Meinung an, aber man darf nicht rücksichtslos das Schiff den Winden und den Strömungen preisgeben. Sonst wird es niemals in einen sicheren Hafen gelangen — niemals, niemals, niemals!" — Nach ihm ergriff der stockpreußische Junker Bismarck — so sprach man von ihm damals allgemein — das Wort und tobte gegen die Reichsverfassung, in welcher er die „konstitutionelle Anarchie" erblickte. Dies schöne Wort ist wirklich wert, wieder aufgefrischt zu werden. Er sah in der monarchischen Reichsverfassung die Republik, Graf Arnim desgleichen. Rodbertus verteidigte seinen Antrag, worauf der urfeudale Junker Kleist-Retzow in Wut geriet und in die Versammlung hineinbrüllte, ehe er dieser Verfassung und dem Aufgehen Deutschlands in Preußen zustimme, lasse er sich in Stücke reißen. Das allgemeine Wahlrecht war in dieser Sitzung ungefähr in dem Sinne angegriffen worden, wie es unlängst Bethmann Hollweg im preußischen Abgeordnetenhause getan. Darauf antwortete der demokratische Abgeordnete v. Berg: „Das allgemeine Wahlrecht soll zu Umsturz und Empörungen Anlaß geben? Nun, meine Herren, wer hat Sie denn hierher geschickt?" — Minister v. Manteuffel antwortete zuletzt: „Auch wir trennen Preußens Stärke nicht von Deutschlands Stärke, aber Deutschland bietet seit 600 Jahren den Ausblick des Auseinanderfallens dar, während Preußen stets im Zunehmen seiner Kraft gewesen ist und wir wollen Preußen nicht aufgeben, ehe wir Deutschlands gewiß sind.

Varnhagen von Ense spottet in seinen Denkwürdigkeiten über die Junker, namentlich über das dreifache „Niemals!" des Herrn v. Brandenburg. Er meint, dies habe ziemlich albern gelautet. „Die ganze Versammlung war erschrocken über diese beschämende Geschichte; es war wirklich das Mitleid des Erbarmens." Der hochmögende Herr v. Brandenburg, ein Sohn Friedrich Wilhelms II. von der Gräfin Dönhoff, hatte nämlich sein „Niemals!" recht mühsam hervorgestottert. Der liberale Schönredner Vincke erhielt damals, wie man sich erzählte, vom König ein Billett, in dem es hieß: „Jedes Wort, das Sie in der Kammer sprechen, ist von hoher Bedeutung. Seien Sie eingedenk, daß Sie mir einen doppelten Eid geleistet haben, eingedenk Ihres Vaters, der mein Freund war. Richten Sie Ihre Worte so ein, daß Sie nicht Veranlassung haben, sie in Ihrer Sterbestunde zu bereuen." — Das mag den Vincke und andere liberale Schwätzer nicht wenig erschreckt haben, aber die Kammer ließ sich durch das Toben der Junker nicht beugen. Mit 175 gegen 149 Stimmen sprach sie sich für die Reichsverfassung aus.

Damit erreichte der Konflikt eine drohende Schärfe. Als die Zweite Kammer sich gegen den über Berlin verhängten Belagerungszustand aussprach, wurde sie aufgelöst mit der Begründung, daß sie ihre Befugnisse überschritten habe. Alsdann wurde von dem Ministerium Brandenburg-Manteuffel am 30. Mai 1849 das heute noch bestehende Dreiklassenwahlsystem mittelst Staatsstreichs eingeführt.

Man begreift es kaum, daß schon siebzehn Jahre nachher das deutsche liberale Bürgertum, dem doch diese Dinge noch in frischer Erinnerung waren, sich dem Haupte dieser Junkerschaft, dem Blut- und Eisenmenschen Otto v. Bismarck, der ja in jener denkwürdigen Verhandlung selber aufgetreten war — er war auch ein Mitglied der Kamarilla im Schlosse — so bedingungslos anvertrauen konnte. Aber für einige Konzessionen, die er ihnen machte, vergaßen sie gerne das Schlagwort von der „konstitutionellen Anarchie".

Was er damals offen ausgesprochen, machte der Säkularmensch später zu seinem Hintergedanken. Das Reich wurde geschaffen mit der Absicht, die Herrschaft der ostelbischen Junker auf ganz Deutschland auszudehnen. Wegen der Reichsverfassung von 1870 brauchten sie sich nicht „zerreißen" und Kleist-Retzow hatte keine solchen Gelübde mehr nötig.

Aber nachdem nun dieser Junkerschaft die Oberhand im Reich geworden, wollen sie auch die Form ändern. Schon drängt die „Kreuzzeitung", die Rechte des Reichstages zu beschränken und damit den Dreiklassenlandtag zum mächtigsten und ausschlaggebenden Parlament in ganz Deutschland zu machen. Deutschland soll vollkommen in Preußen aufgehen.

So verstanden die Junker die deutsche Einheit schon 1848/49. Wir haben nie geglaubt, daß sie sich geändert hätten.

Politische Rundschau

Deutschland.

Aus dem Reichstage.

In einer wiederum sehr ausgedehnten Sitzung setzte der Reichstag die Beratung des Marineetats am Montag fort. In den Beratungen zeigte sich insofern eine interessante Parteikonstellation, als sich einmal wieder das alte militaristische Kartell, aus der gesamten Rechten und den Nationalliberalen bestehend, zusammenfand, während das Zentrum unter Führung des Grafen Oppersdorf und Erzberger, sowie die neue fortschrittliche Volkspartei, durch die Bethmann-Periode vom hurrapatriotischen Rausch der Bülowzeit etwas ernüchtert, zwar beileibe keine antimaristische, aber doch immerhin keine extrem flottenchauvinistische Haltung zeigten. Die Art und Weise, wie Herr v. Tirpitz über die bescheidensten Abstriche lamentiert und die geradezu freche Art und Weise, in der die offiziöse Preßmente über die allervorsichtigsten Vertreter eines sehr gemäßigten internationalen Abkommen-Gedankens herfällt, mögen hierzu beigetragen haben. Es liegt uns selbstredend fern, allzu hohe Hoffnungen auf der Neufortschrittler oder gar des Zentrums Festigkeit zu setzen, und so gern wir die Kritik der Herren Graf Oppersdorf und Erzberger als recht verdienstlich anerkennen, so sind wir doch davon überzeugt, daß Junker von Hertling und der Mann mit dem Zylinderhut Spahn, zumal in diesen Zeiten des klerikal-konservativen Bündnisses, eine ernsthafte Flottenopposition des Zentrums schon hindern werden, sei es mit oder ohne Nachhilfe von katholischen Panzerplatten, will sagen von Konzessionen der Regierung in Sachen der Monopolstellung des Stahlhauses Krupp. Aber wie gesagt, diese unsere Skepsis soll die Verdienste Erzbergers und Oppersdorfs durchaus nicht schmälern. Wir erkennen auch gern an, daß die fortschrittlichen Volksparteiler Leonhardt und Struve höchst wertvolles Material über sehr bedenkliche — sagen wir einmal — Zustände, zumal im Ökonomiegelderwesen, beigebracht haben. Jedenfalls wiegen die fortschrittlichen und ultramontanen Ausstellungen schwerer als die flottenenthusiastischen Ausführungen des Herrn Bassermann, der sich sehr unglücklich auf einen sozialistischen Außenseiter berief. Oder nun gar — Herr Bassermann verzeihe, daß wir ihn in diesem Zusammenhange nennen müssen — die Salbadereien des alten geschwätzigen Gamp von Massauen und der Antisemiteriche Herzog und Werner. Aber an der Grundlage des Systems übte wieder nur die Sozialdemokratie Kritik. Unser Redner, Genosse Ledebour, geißelte in prächtiger Ironie und bissigem Sarkasmus zugleich das Treiben der Flottenchauvinisten und die Banalitäten Bethmanns. Weit wirksamer noch als der Freisinnige Struve verstand es Genosse Ledebour, eine gründliche Abfuhr des Polizeipräsidenten Jagow in seine Ausführungen zu verweben und den täppisch eingreifenden Erni gründlich abblitzen zu lassen. Die Spezialberatung des Marineetats beginnt am Dienstag.

Zuckerbrot und Peitsche.

Als der Abg. Dr. Dormann (Freis. Volkspartei) am vorletzten Sonntag in Ossig (Kreis Lüben) eine Versammlung abhielt, fiel es auf, daß kein Arbeiter vom Dominium erschienen war. Und als man sich nach dem Grunde erkundigte, wurde angegeben, daß die Parole ergangen sei: „Wer heute in die Versammlung geht, ist morgen entlassen!" Das Gegenstück dazu wurde an demselben Tage in einer freisinnigen Versammlung zu Peischkendorf festgestellt. Dort erhob sich am Schluß nach dem „Niederschl. Kur." ein Bauer und sagte: „Die Versammlung hier war ja ganz schön, aber besser hat mir noch die (agrarische) Versammlung in Lüben gefallen, da gab's Freibier."

Wie man in Deutschland Handel und Verkehr „fördert",

davon geben die von der Hamburg-Amerika-Linie herausgegebenen „Hamburger Beiträge" ein treffliches Bild. Sie weisen darauf hin, daß seit Jahren unsere Handelskreise sich die größte Mühe geben, die Beziehungen zu den Ländern am Persischen Golf zu entwickeln, daß aber die Regierung mit ihrer Zollpolitik diese Bemühungen vereitele. Unter den wenigen Importartikeln von dort, sei die Dattel die aussichtsreichste. Aber die persische Dattel unterliege bei uns einem Zoll von 24 Mk. per 100 Kilo, d. h. einer Belastung gleich dem vollen Wert der Ware. Andere Südfrüchte bezahlen viel geringere Sätze, getrocknete Pflaumen 5 Mk., Aprikosen und Ananas 4 Mk., und die neuerdings sehr in Aufnahme kommenden Bananen sind überhaupt zollfrei. „Nun haben sich seit Jahren die hamburgischen Handels- und Schiffahrtskreise bemüht, wenn nicht eine Zollbefreiung — wie sie in England besteht — so doch wenigstens eine Ermäßigung des Zolles zu erlangen, und zwar mit vollem Recht, weil der bisher erhobene Zoll von 24 Mk. für die vom persischen Golf importierten Datteln vollständig zu Unrecht erhoben ist. Der Zolltarif kennt nämlich einen Zoll für frische Datteln von 12 Mk. und einen für getrocknete Datteln von 24 Mk. Diesen letzteren unterliegen die persischen Datteln. Es ist nun durch Sachverständigen-Gutachten nachgewiesen, daß die vom persischen Golf importierten Datteln frisch vom Baum genommen und versandt und keinerlei Trocknungsprozeß unterzogen werden, während es sowohl in Persien wie anderswo Datteln gibt, die einem besonderen Trocknungsverfahren unterworfen, die aber bei uns aus Persien gar nicht eingeführt werden. Trotz alledem haben die hamburgischen Zollbehörden die richtige Tarifierung der Datteln verweigert, und ihre Entscheidung ist vom Reichsschatzamt, nachdem es ein volles Jahr gebraucht hatte, um sich auf diese Entscheidung zu besinnen, bestätigt worden.

Man vergegenwärtige sich diese Ironie. Auf der einen Seite bemüht man sich, unsere Stellung am Persischen Golf möglichst zu befestigen, auf der andern Seite hält die Zollbehörde, und zwar die zuständige oberste Reichsbehörde für Zolltarifsachen, an einer sachlich unrichtigen Tarifentscheidung fest. Und warum? Angeblich, weil sie, entgegen der Ansicht aller beteiligten Handelskreise, sich nicht zu dem Glauben aufschwingen kann, daß eine Zollermäßigung eine Vergrößerung des Imports bewirken würde, die den finanziellen Erfolg der Zollherabsetzung reichlich ausgleichen würde. So arbeitet eine Reichsbehörde der andern entgegen, und so löst die eine die Zusagen der andern, daß man alles tun werde, um unsere wirtschaftlichen Interessen am Persischen Golf zu fördern, ein! In der Tat, eine nette Förderung von Handel und Verkehr, und eine Art und Weise, die Unternehmungslust unserer Handels- und Schiffahrtskreise zu beflügeln, die nicht scharf genug verurteilt werden kann.

Wie „Staatsgesinnung" gemacht wird.

Ostpreußische Blätter berichten:

Ein biederer Landmann fährt nach Insterburg zum Viehmarkt, wird dort mit einem Gutsbesitzer aus Kowarren handelseins und setzt sich mit ihm zu einem Schoppen. Wie es so kommt, spricht man auch über Politik, und der Landmann wird schließlich gefragt, ob man nicht in seinem Dorfe eine Versammlung des Bauernbundes abhalten könnte. Er verneint die Frage, da kein geeignetes Lokal in seinem Dorfe vorhanden sei, aber man könnte eine solche Versammlung im Nachbardorf im Gasthof X. abhalten und seine Dorfinsassen vielleicht dazu einladen. Weiß der Himmel, wie es kam: die Mauern der Gaststube müssen Ohren gehabt haben. Denn als der Landmann am anderen Tage ahnungslos in seiner Stube daheim sitzt, tut sich die Tür auf und herein tritt ein „Herr von der Gendarmerie" und stellt mit strenger Amtsmiene an den Erschreckten die schicksalsschwere Frage, wie er dazu komme, eine andere als konservative Gesinnung an den Tag zu legen. Gleichzeitig erkundigte er sich auch, wie der andere Herr, der „vom Bauernbunde", heiße.

Der soll vermutlich wegen „Aufwiegelung" belangt werden. In wessen Auftrage handelte „der Herr von der Gendarmerie?" Oder ging er selbständig vor, begeistert durch seines obersten Vorgesetzten herrliche Worte von der „gottgewollten" Abhängigkeit und der „Staatsgesinnung".

Das preußische Abgeordnetenhaus

verhandelte gestern im ersten Teil der Sitzung über den Gesetzentwurf betr. die Auflösung des Landkreises Frankfurt a. M. und die Erweiterung des Stadtkreises Frankfurt. Bei dieser Gelegenheit gaben die beiden konservativen Parteien ihrer Städtefeindlichkeit wieder einmal Ausdruck. Die Mehrheit ihrer Abgeordneten stimmte gegen das Gesetz, und ihr Wortführer, der Abg. Kardorf, gab als Grund dafür an, daß Frankfurt ein zu demokratisches Wahlrecht habe. Die auf Grund dieses Wahlrechts zusammengesetzte Stadtverordnetenversammlung habe sich sogar für Straßendemonstrationen ausgesprochen. Genosse Borgmann trat diesen Ausführungen in wirkungsvoller Weise entgegen. Die Vorlage wurde denn auch mit knapper Mehrheit angenommen.

Der zweite Teil der Sitzung wurde durch die weitere Beratung des Handelsetats ausgefüllt. Handelsminister Sydow nahm die Gelegenheit war, die Versicherung abzugeben, daß auch unter seiner Amtsführung an sozialpolitische Fortschritte nicht zu denken sei. So erklärte er sich u. a. für eine möglichst milde Handhabung der Bäckerei-Verordnung und versprach, daß der 2. Teil des Gesetzentwurfes über die Sicherung der Bauforderungen vorläufig noch nicht in Kraft treten würde.

Die Budgetkommission des Reichstages

beschloß, für den Bau eines Reichsmarineamtes, dessen Kosten auf mindestens 5 Millionen Mark geschätzt werden, als erste Rate den Betrag von 750 000 Mark in den Etat einzustellen. Die Kommission beschäftigte sich dann mit dem Postetat. Bei der Weiterberatung des Etats beantragte der Berichterstatter Beck, von den für Stellenvertretung im Etat enthaltenen Kosten von 13,8 Millionen Mark eine Million zu streichen. Er wurde hierbei vom Abg. Erzberger unterstützt, während sich die Abgg. Schöpflin und Eickhoff aus sozialen Gründen dagegen aussprachen. Genosse Schöpflin betonte hierbei besonders, daß bei der Post die Beamten im allgemeinen im Dienst sehr angestrengt würden. Die Kommission lehnte, da das Zentrum sich spaltete, den vorgeschlagenen Abstrich mit knapper Mehrheit ab.

Bei Titel Telegraphie beschwerte sich Abg. Zubeil über die Behandlung der Telegraphenarbeiter. Der Staatssekretär erwiderte, daß Arbeiterentlassungen nur in dringenden Fällen und nur von jüngeren Arbeitern vorgekommen seien.

Bei dem Titel für Amtsbedürfnisse werden 243 000 Mark gestrichen, sodaß noch 23 Millionen verbleiben. Desgleichen werden von den 2½ Millionen Mark betragenden Unterhaltungskosten für Gebäude 300 000 Mk. abgesetzt.

An Einnahmen sind 693 226 200 Mk., das sind 20 578 700 Mk. mehr als im Vorjahre eingestellt. Der Überschuß der Einnahmen über die Ausgaben ist auf 52 198 000 Mk. veranschlagt. Über die Petition, die eine Abänderung der im Vorjahre beschlossenen Gehaltsordnung bezweckt, ging die Kommission zur Tagesordnung über.

Nachklänge zum Berliner Wahlrechts-Spaziergang.

Gegen eine Anzahl Wahlrechtsdemonstranten, die sich an dem Spaziergange beteiligten und verhaftet wurden, soll ein Strafverfahren wegen Beamtenbeleidigung, Widerstand usw. eingeleitet werden. Die Gesamtzahl der Sistierten soll nach einer Meldung des „Berliner Lokal-Anzeigers" 70 betragen. Von diesen kommen auf Berlin 50, auf Treptow 20.

Vor dem Reichstagsgebäude wurden mehrere Personen abgeführt. Große Empörung rief hier die Art und Weise der Sistierung vor. Die Menschen wurden von je zwei berittenen Schutzleuten an einem Handknebel in die Mitte genommen und von anderen berittenen Schutzleuten eskortiert. Unter den Beamten befand sich auch ein ausgesprochener „Wahlrechtsfeind", der so nervös war, das er auf die Pfuirufe antwortete: „Ich werde euch schon das allgemeine Wahlrecht zeigen!"

Im „Berliner Tageblatt" wird von einigen Lesern über das Benehmen der Polizeibeamten lebhafte Klage geführt. Hierzu schreibt das Blatt:

„Diesen Erklärungen aus dem Publikum können wir hinzufügen, daß von ½12 Uhr ab, also schon vor dem Eintreffen der ersten „Spaziergänger"-Züge, mehrere Redakteure des „Berliner Tageblatts" sich am großen Stern und in den anderen Teilen des Tiergartens befanden. Sie alle können bezeugen, daß die Manifestanten sich gerad zu musterhaft benommen und eine durchaus preußische Disziplin beobachtet haben, und daß die Ordnung nur durch das brutale und völlig sinnlose Eingreifen der Polizei gestört worden ist. Anderslautende Darstellungen, die man in einem Berliner Blatte von lokalem Charakter findet, sind ersichtlich darauf zurückzuführen, daß sie nicht von Augenzeugen herrühren, sondern auf die Angaben des Polizeipräsidiums gestützt sind."

Noch ein Wahlrechtsprozeß.

Gegen den demokratischen Schriftsteller v. Gerlach hat die Berliner Staatsanwaltschaft ein Verfahren wegen Aufreizung zum Widerstand gegen die Staatsgewalt eingeleitet.

Reform des Militärstrafgesetzbuches.

Einer seit Jahren immer wieder erhobenen Forderung will die Militärverwaltung endlich Rechnung tragen. Die Reform des Militärstrafgesetzes wird jetzt offiziös angekündigt. Das jetzige Militärstrafgesetz stammt aus dem Jahre 1872, hat also bereits ein Alter von bald 40 Jahren erreicht. Wenn angekündigt wird, daß im neuen Militärstrafgesetz für militärische Vergehen der Mannschaften des Beurlaubtenstandes, statt der Haftstrafen auch Geldstrafen zulässig sein sollen, so ist das hoffentlich nicht die einzige und nicht die wesentlichste Neuerung. Vor allen Dingen ist es nötig, daß die geradezu wahnwitzigen Mindeststrafen für eine ganze Reihe militärischer Delikte herabgesetzt werden. Man muß mit dem System brechen, die Disziplin im Heere durch Androhung schauderhafter Strafen aufrecht erhalten zu wollen.

Reichsbesteuerungsgesetz.

Dem Reichstag ist ein Gesetzentwurf zugegangen, der die Beitragspflicht des Reiches zu den Lasten der Kommunen regelt. Die den Gemeinden, in deren Gemarkung Reichsbetriebe liegen, bisher gewährten Zuschüsse kommen in Wegfall. Dafür wird den Gemeinden ein klagbares Recht auf Leistungen des Reiches eingeräumt. Man hofft, auf diese Weise die heutigen Rechtsstreitigkeiten zu beseitigen, die dadurch entstanden sind, daß das Reich sich vielfach geweigert hat, entsprechende Beiträge zu den kommunalen Lasten zu bezahlen.

Die Kaserne als Erziehungsanstalt.

Das preußische Finanzministerium hat eine Bekanntmachung erlassen, wonach solchen Tabakarbeitern, die jetzt aus der Kaserne entlassen worden sind, und infolge der Tabaksteuer keine Arbeit finden, eine Entschädigung nicht zu bezahlen ist. Der Erlaß führt dann aus:

„Von einer eigentlichen Notlage kann hier kaum gesprochen werden. Einem kräftigen jungen Manne, der seinem Berufe durch zwei Jahre der Abwesenheit ohnehin fremd gewesen ist, wird es nach seiner vielseitigen Ausbildung beim Militär kaum schwer fallen, in einem anderen Berufe Beschäftigung zu finden. Auch würde der Umstand, daß er bei seiner Rückkehr nicht sogleich wieder Arbeit im Tabakgewerbe findet, mit der Steuergesetzgebung 1909 nur in sehr losem Zusammenhange stehen.

Der preußische Finanzminister ist deshalb der Auffassung des Reichskanzlers beigetreten, daß in solchem Falle ein Anspruch auf Unterstützung nicht vorliegt. Sämtliche preußische Oberzolldirektionen sind daher vom Finanzminister ersucht worden, hiernach verfahren zu lassen; von einer Wiedereinziehung derjenigen Unterstützungen, die an Personen der bezeichneten Art etwa bereits gezahlt sind, soll abgesehen werden."

Hoffentlich legen alle davon Betroffenen Beschwerde ein.

Gegen die Schiffahrtsabgaben.

Im österreichischen Reichsrat ist die Regierung über ihre Stellung zur Einführung der Schiffahrtsabgaben seitens des Deutschen Reiches interpelliert worden. Für Österreich kommen dabei die Elbe von Leitmeritz bis an die sächsische Grenze und die Donau auf der Strecke Passau-Regensburg in Frage. Handelsminister Dr. Weißkirchner erklärte mit erfreulicher Deutlichkeit, daß Österreich unter keinen Umständen dafür zu haben sei, auf die vertragsmäßig festgelegte Abgabenfreiheit auf den Strömen zu verzichten. Der verbissene Feind des freien Verkehrs, die preußische Regierung, wird lebhaft bedauern, daß sie diesen Widerstand nicht auch durch „Anwendung von Energie" — wie Posadowsky so schön sagte — beseitigen kann. Dem Ausland wird hoffentlich das gelingen, was dem deutschen Bundesstaat Sachsen zu erzielen nicht möglich war.

Nationalliberale in konservativer Beleuchtung.

Die „Kreuzzeitung" kommt in ihrem Wochenrückblick auf die Kampfzeichen, den Bund der Landwirte und den Bauernbund zurück und glaubt besonders feststellen zu sollen, daß der Bauernbund seine Stütze in der nationalliberalen Partei habe. Es wird nach dieser Richtung hin ausgeführt:

„Wenn man diese Kreise näher ansieht, trifft man immer wieder auf die Partei, die den Wahlspruch im Schilde führt: „Das Vaterland über der Partei", und die auch hier wieder in dem Bewußtsein ihrer politischen Ohnmacht und Unfruchtbarkeit vor keinem Mittel, selbst nicht vor nationaler Zwietracht, Zersetzung und Verhetzung zurückscheut, um sich selber auf Kosten der Konservativen einen kleinen Stimmenzumachs zu verschaffen. Aus der nationalliberalen Partei kommen die Gründer, Führer und Verteidiger des „Deutschen Bauernbundes", aus derselben Partei, die sich am vorigen Sonntag in der Zirkus-Versammlung der Radikalen gegen die Wahlrechtsvorlage offiziell vertreten ließ und damit einen Weg betreten hat, auf dem ihr die preußische Bauernschaft niemals folgen wird. Die Versammlung begann im Zirkus Busch und endete damit, daß gewaltige Scharen ihrer Teilnehmer vor den Fenstern des Schlosses, in dem der König von Preußen weilte, die „große Melodie der französischen Revolution" sangen. Deutlicher kann wohl die abschüssige Bahn nicht gekennzeichnet werden, auf der sich die nationalliberale Partei zurzeit bewegt."

Die armen Nationalliberalen! Daß sie sich so etwas von ihren früheren Bundesbrüdern sagen lassen müssen.

Der Dank vom Hause Jagow.

Der Berliner Polizeipräsident sprach den Offizieren, Wachtmeistern und Schutzleuten der Schutzmannschaften von Berlin und den Vororten seine Anerkennung für ihr Verhalten am Sonntag aus. Er besuchte die verletzten Schutzleute im Krankenhause und in den Wohnungen und belobte sie. Na also!

Finnland.

Eröffnung des Landtages. Unser finnländischer Mitarbeiter schreibt uns: Am 1. März trat der neugewählte Landtag zusammen — seit Einführung des allgemeinen Wahlrechts der vierte Landtag in kaum drei Jahren. Schritt für Schritt hat sich die politische Lage seit der Eröffnung des ersten, aus den allgemeinen Wahlen hervorgegangenen Landtages verschlechtert. Am 1. Mai 1907 fand die Volksvertretung einen konstitutionellen Senat, mit Leo Mechelin an der Spitze. Nach den Begriffen der führenden Konstitutionalisten hatte der Senat den Willen, das Land nicht nur konstitutionell, sondern sogar parlamentarisch zu verwalten. Und Mechelin hielt Wort: Als seine Regierung im Frühjahr 1908 ein Mißtrauensvotum erhielt, trat er zurück. Der zweite Landtag fand einen gemischten Senat vor. Die Nationalisten und Suometarianer (Altfinnen) bildeten auch einen Blocksenat. Mechelin war allmählich in die Staatsweisheit der Suometarianer heruntergekommen. Er selber war zurückgetreten, aber seine Freunde blieben. Indessen genügte das Herrn Stolypin nicht. Er blieb seiner Erdrosselungspolitik treu und ergriff immer vernichtendere Maßregeln, um die Verfassung des Landes stückweise außer Kraft setzen. Auch die letzten Konstitutionalisten verließen den Senat und die konservativen Altfinnen blieben allein zurück, um das leck gewordene Staatsschiff nach ihrer alten Gewohnheit zu „steuern". Doch reichte jetzt auch ihre Ergebenheit und Nachgiebigkeit nicht aus, um die echtrussischen Finnenfresser zu befriedigen. Hieb auf Hieb sauste auf das kleine Volk herab, die Konstitution drohte unter den Gewaltmaßregeln der Petersburger Regierung in Stücke zu gehen. Der altfinnische Senat trat gleichfalls zurück. Zu derselben Zeit fand die Auflösung des dritten Landtages statt. Das kam den beutegierigen Echtrussen garnicht ungelegen: ihr gekrönter Führer ernannte — völlig im Widerspruch mit der Landtagsverfassung — einen Senat aus russischen Offizieren, den die Finnen seitdem den Säbelsenat getauft haben. Der vierte Landtag findet also eine völlig verfassungswidrige Regierung vor, die nach den Befehlen des Generalgouverneurs Seyn, gleichsam als herrschte im Lande die unumschränkte Selbstherrschaft des Zaren, schaltet und waltet. Die Kreaturen der Petersburger Gewalthaber behandeln die verfassungsmäßige Volksvertretung mit einer Mißachtung und Geringschätzung, daß man weitere Rechtsbrüche und Gewaltmittel der Regierung Stolypin mit Sicherheit erwarten kann. . . . . Wenn die Anzeichen nicht trügen, scheint die schwedische Herrenpartei, genannt „Schwedische Volkspartei" alle ihre Kräfte mobilisieren zu wollen, um die Situation auf ihre Weise auszunutzen. Sie tritt mit gefallenen Größen, wie Leo Lechelin, Baron Wrede und anderen Männern in den Landtag, dessen Haltung sie eine ungeheure Bedeutung beimißt. Doch uns ist die Senatspolitik des Herrn Mechelin genügend bekannt, um von ihm als Parlamentarier nichts anderes zu erwarten, als Konzessionen an Stolypin. Der Mann, der nach dem stolzen Siege im Jahre 1905 das Volk im Interesse der oberen Zehntausend an Stolypin verriet, wird auch heute keine anderen Interessen als die der Bourgeoisie im Auge haben. Er wird von der Konstitution nur soviel zu retten suchen, als es seiner Klasse nottut, um die Volksmasse, die Arbeiterklasse ungehindert ausbeuten zu können. In welcher Weise die herrschenden Klasse an sich mit den russischen Gewaltpolitikern verständigen werden, dürfte schon die nächste Zukunft zeigen. In diesem Sinne ist die soeben begonnene Landtagsperiode entscheidend.

Auch eine Antwort!

Am 1. April 1909 richteten die Arbeiter des Lübecker Siel-, Wege- und Wasserbaues an die Baudeputation ein Gesuch, in dem sie um Verbesserung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse ersuchten. Die Petenten haben sich bei ihren Wünschen gewiß im Rahmen der Bescheidenheit gehalten. Die Wünsche, die in diesem Gesuch gestellt waren, sind folgende: 1) Aufbesserung der Löhne von 34—36 auf 38 Pfg. die Stunde; 2) eine sanktionierte Arbeitervertretung und 3) wöchentliche Lohnzahlung. Die Arbeiter glaubten nun, daß ihre Wünsche, die gewiß bescheiden zu nennen sind, ohne weiteres in Erfüllung gingen. Hier sollte sich aber zeigen, daß diese Rechnung ohne die Deputation gemacht war, nicht einmal einer Antwort würdigte man die Gesuchsteller. Auf Drängen der gesamten Arbeiterschaft mußte die Kommission an die Behörde herantreten. Hierauf haben denn auch mehrere Verhandlungen stattgefunden und eine Prüfung wurde zugesagt. Heute, nach 11 Monaten, ist denn auch den Petenten eine Antwort zugegangen. Man sagt in der Regel, was lange dauert, wird endlich gut. Diese Antwort aber kann mit dem besten Willen die Bezeichnung gut nicht für sich in Anspruch nehmen. Die Baudeputation lehnt die Lohnerhöhung und die wöchentliche Lohnzahlung ab; der Einführung der Arbeiter-Ausschüsse wird stattgegeben. Die Wichtigkeit der Arbeiter-Ausschüsse verkennen wir gewiß nicht, um so empfindlicher aber hat die Ablehnung der Lohnerhöhung die Arbeiter getroffen. Eigenartig ist aber die Begründung, welche die Ablehnung rechtfertigen soll. Man geht so weit, daß man kaltblütig erklärt: 1. Grund zur Aufbesserung der Löhne läge nicht vor; 2. müßte erst abgewartet werden, welche Ansprüche an die Staatskasse die demnächst einzuführende Ruhelohnkasse mit sich bringt. Der Senat erklärt also in seiner Antwort, für ihn läge kein Grund vor, die Löhne aufzubessern. Es ist wahrhaftig schwer, hierzu einen Kommentar zu finden. Spricht aus diesen Worten böse Absicht oder Unkenntnis? Wenn es nicht so bitter ernst wäre, so müßte man lachen bei solchen gelassen ausgesprochenen Worten.

Löhne, die unter gegenwärtigen Verhältnissen kaum hinlangen einen einzelnen Menschen, geschweige eine Familie über Wasser zu halten, und dann keine Notwendigkeit zur Lohnaufbesserung! Nach dieser Auslassung muß sich ein jeder fragen, was lag für ein Grund vor, die Gehälter der Beamten zu erhöhen. Wir können und wollen doch nicht glauben, daß die gesetzgebenden Körperschaften diese Erhöhung haben stattfinden lassen, nur um den Staatssäckel zu belasten. Hier lag gewiß ein Bedürfnis vor, besonders die Gehälter der Unterbeamten zu erhöhen, und wir gönnen diesen Leuten gerne die Aufbesserung ihrer Lage. Wenn man nun aber Arbeiter, die unter derselben wirtschaftlichen Lage ihr Leben fristen müssen wie die Vorbenannten und dann unter aller Würde entlohnt werden, mit diesen Worten abspeist, so spricht dies wirklich allem Hohn. Sollte denn wirklich die hier maßgebende Behörde von der wirtschaftlichen Entwicklung der letzten Jahre keine Ahnung haben? Seit Jahren hat keine Lohnaufbesserung stattgefunden. Wie haben sich aber die Verhältnisse der letzten Jahre gestaltet? Viele Stadtverwaltungen sind durch die zunehmende Lebensmittelsteigerung dazu übergegangen, Teurungszulagen zu gewähren und haben auch später eine entsprechende Lohnaufbesserung stattfinden lassen. Hier ist nichts geschehen, hier bestreitet man sogar die Notwendigkeit einer Aufbesserung und stellt durch diese Äußerung die Wünsche der Arbeiter als frivol hin. Bei der Beamtenvorlage, wie auch bei der Begründung der Ruhelohnkasse, weist der Senat darauf hin, daß recht wenig Städte vorhanden sind, wo die Lebensbedürfnisse teurer sind wie in Lübeck. Natürlich ist diese Ausführung durchaus zutreffend. Als einen weiteren Grund der Ablehnung werden die gefürchteten Ausgaben der Ruhelohnkasse genannt. Den Lesern des „Volksboten" ist diese Vorlage zur Genüge bekannt und sie werden sich gewiß durch unsere Ausführungen ein Bild von dieser Einrichtung gemacht haben. Der Senat glaubt nun, durch diese Vorlage seien den Arbeitern auf Jahre geholfen. Die Arbeiter haben

ben sich mit Händen und Füßen gegen dieselbe. Durch diese Gabe der Wohltat will man aber anderseits den kargen Lohn wieder schmälern. Als die Vorlage bekannt wurde, haben sich die Arbeiter gesagt, jedenfalls wird jetzt eine Lohnaufbesserung stattfinden, denn es ist doch nicht gut möglich, daß hierdurch eine Schmälerung der Löhne stattfinden soll. Nehmen wir einmal an, die Arbeiter verdienen heute 34—35 Pfg. die Stunde und hierzu kommt noch, daß im Winter nur 8 Stunden gearbeitet werden. Somit ergibt sich für die Arbeiter ein Winterlohn von zirka 30 Mk. in 14 Tagen. Den Wunsch der Arbeiter, die Löhne alle Woche zu zahlen, hat man abgelehnt, jedenfalls fühlt sich die Behörde selbst nicht recht wohl dabei, den Arbeitern alle Woche 14—16 Mk. auszuzahlen und will dies damit verschleiern, indem sie nicht von der 14tägigen Lohnzahlung abläßt. Jetzt will man noch dazu übergehen, diesen horrenden Verdienst alle 14 Tage um 60 Pfg. zu kürzen. Es widerstrebt uns, eine Aufstellung zu machen, wie viel eine Familie mit 5—6 Köpfen pro Tag bei diesem Verdienst zum Fristen ihres Lebensunterhalts zu verteilen hat.

Einige Worte noch zu der sozialen Einrichtung in bezug auf Arbeiterfürsorge. Der § 616 des Bürgerlichen Gesetzbuches ist doch mit Zustimmung des Vertreters des lübschen Staates im Bundesrat gemacht. Jetzt wäre es doch die Pflicht des Staates, sich an diesen Paragraphen zu erinnern und ihn auch zur Anwendung zu bringen. Was der § 616 in sich birgt, braucht man einer Staatsverwaltung nicht vor Augen zu führen. Die Arbeiter setzen ihre Hoffnung in die Bürgerschaft, die gewiß dieses Vorgehen der Behörde nicht gutheißen wird. Wenn die Aufstellung, die im Senats-Dekret über die Lohnverhältnisse der Staatsarbeiter gegeben worden ist, in jeder Weise zutreffend wäre, so würden die Arbeiter nicht nötig haben, sich einen Jahreslohn von 1100 Mark zu erbitten.

Was hast Du nun erhalten, Staatsarbeiter? Steine statt Brot. H. V.

Aus Lübeck und Nachbargebieten.

Dienstag, den 8. März.

Achtung, Stukkateure und Hilfsarbeiter! Wegen Differenzen ist die Firma Fr. Faber, Lübeck, für Stukkateure und Hilfsarbeiter gesperrt.

Die Mitgliederversammlung des Sozialdemokratischen Vereins, welche gestern abend im Vereinshaus tagte, war ziemlich gut besucht. Vor Eintritt in die Tagesordnung wurde ein Antrag, den Punkt „Bildungsausschuß" als ersten Beratungs-Gegenstand zu behandeln, abgelehnt. Genosse Bromme gab sodann die Abrechnung vom Rühle-Vortragskursus und machte statistische Mitteilungen über die Zusammensetzung der Teilnehmer an diesem Kursus. An dem Vortrags-Kursus des Genossen Rühle nahmen 247 Dauerbesucher und 999 Einzelbesucher teil. Über die letzteren konnten leider keine statistischen Erhebungen aufgenommen werden. Von den ersteren besuchten den Kursus 2 einmal, 6 zweimal, 12 dreimal, 11 viermal, 22 fünfmal, 36 sechsmal, 76 siebenmal, 80 achtmal. Von den Teilnehmern — abgesehen von den Einzelbesuchern — waren zehn 14—20, einundachtzig 21—30, einhundertfünfzehn 31—40, zweiunddreißig 41—50 und neun über 50 Jahre alt. An früheren Bildungskursen der Partei hatten in anderen Städten 3 einmal und 1 zweimal teilgenommen. Von den einzelnen Berufsarten nahmen als Dauerbesucher an dem Kursus teil: Ärzte 1, Bäcker 2, Barbiere 1, Bauhilfsarbeiter 16, Böttcher 1, Brauer 1, Buchbinder 4, Buchdrucker 1, Bureauangestellte 1, Fabrikarbeiter 20, Schlachter 2, Frauen ohne Beruf 32, Gärtner 1, Hafenarbeiter 16, Handlungsgehilfen 1, Holzarbeiter 17, Konsumvereinsangestellte 4, Lithographen 2, Maler 4, Maschinisten und Heizer 3, Maurer 40, Metallarbeiter 37, Mühlenarbeiter 2, Parteiangestellte 6, Photographen 1, Schmiede 2, Schneider 8, Schuhmacher 8, Steinarbeiter 2, Steinsetzer 2, Tabakarbeiter 2, Töpfer 1, Transportarbeiter 2, Schüler 1. 215 Teilnehmer waren gewerkschaftlich organisiert. Dem Sozialdemokratischen Verein gehörten 221 an, nicht gerechnet die 999 Einzelbesucher, die auch meistens politisch und gewerkschaftlich organisiert waren. Die im Kursus empfohlene Literatur ist zum Teil gemeinschaftlich bezogen worden. Jedenfalls waren alle Teilnehmer von dem Kursus hochbefriedigt und hat sich Genosse Rühle als eine ausgezeichnete Lehrkraft erwiesen, sodaß im nächsten Winter wahrscheinlich ein zweiter Kursus arrangiert werden kann. Der Zuschuß, den Partei und Gewerkschaftskartell gemeinsam zu dem Kursus zu leisten haben, beträgt insgesamt 161,65 Mk. Die Abrechnung von der Bebelfeier schloß mit einem Überschuß von 190,80 Mk. ab. Ein Antrag des Komitees, diesen Überschuß zur Abhaltung einer Volksversammlung mit dem Thema „Das Lübecker Wahlrecht und das preußische Wahlrecht" mit Liebknecht oder Ströbel als Referenten zu verwenden, wurde nach einer kurzen Debatte abgelehnt. Der Vorsitzende machte bei dieser Gelegenheit bekannt, daß am Mittwoch, den 16. März eine große Volksversammlung im Gewerkschaftshaus stattfinden wird, in der Reichstagsabgeordneter Genosse Hildenbrand-Stuttgart über das Thema „Wir wollen Friede, Freiheit, Recht" referieren wird. Es gelte schon jetzt für diese Versammlung rege Agitation zu betreiben. Hierauf hielt Genosse Dietz einen sehr beifällig aufgenommenen Vortrag über die Alkoholfrage und die Sozialdemokratie. Redner wies eingehend auf die verderblichen Schäden hin, welche der übermäßige Alkoholgenuß im Gefolge hat. Die abstinenten Arbeiter gehören aber nicht in die bürgerlichen Vereinigungen zur Bekämpfung des Alkohols, sondern in den Arbeiter-Abstinentenbund. In der Diskussion wurden die Ausführungen des Referenten von mehreren Genossen unterstützt und ergänzt. Beim Punkt „Verschiedenes" wurde die diesjährige Maifeier kurz erörtert und ein neungliedriges Komitee gewählt, das die nötigen Vorarbeiten zu leisten und auch bezüglich der Platzfrage der nächsten Mitgliederversammlung Vorschläge zu machen hat. Genosse Barzel kam auf die Platzverhältnisse im Stadttheater zu sprechen; er kritisierte es scharf, daß besonders an Sonntagen zahlreiche Arbeiter kein Billett mehr erhalten könnten, während die teuren Plätze leer stehen. Zu verurteilen sei es, daß die Offiziere große Preisermäßigungen erhielten, während deren Burschen volle Preise zahlen müssen. Redner wünscht, daß die sozialdemokratische Bürgerschaftsfraktion diese Mißstände bei jeder Gelegenheit in der Bürgerschaft zur Sprache bringt und eventuell entsprechende Anträge stellt. Würden keine Besserungen erzielt, so müßte das Budget verweigert werden. Genosse Stelling betonte demgegenüber, daß das Budget schon jetzt von uns verweigert wird; allerdings aus anderen Gründen. Die Verhältnisse im Stadttheater seien bereits wiederholt von unsern Genossen in der Bürgerschaft kritisiert worden und das würde auch in Zukunft bei passender Gelegenheit geschehen. Beschlossen wurde weiter, den Vorstand und Ausschuß zu ersuchen, in über das Genossenschaftswesen halten zu lassen. Die Versammlung stimmte ferner einem Antrage zu, als ersten Punkt auf die Tagesordnung der nächsten Versammlung zu setzen „Bildungsausschuß". Von einem Genossen wurde gewünscht, die Bürgerschaftsfraktion möchte wieder einen Antrag auf Einführung des allgemeinen, gleichen, geheimen und direkten Wahlrechts zur Bürgerschaft einbringen. Nachdem noch die Genossin Schlomer auf die am kommenden Donnerstag stattfindende Versammlung der Hausangestellten hingewiesen und zur Propaganda für dieselbe aufgefordert hatte, erfolgte um 12 Uhr Schluß der Versammlung.

An Staatssteuern und Abgaben gingen im Monat Februar ein: Einkommensteuer 610 698,41 Mk., Wertzuwachssteuer 15 404,79 Mk., Erbschaftssteuer einschl. Erbschaftsabgabe und Zuschläge zur Reichserbschaftssteuer 18 848,62 Mark, Veräußerungsabgabe 20 418,04 Mk., Stempelabgaben 19 695,20 Mk., Schiffsabgaben 18 478,29 Mk., zusammen 703 583,35 Mk. gegen 692 744,39 Mk. im gleichen Monat des Vorjahres; mithin 1910 mehr 10 788,96 Mk. Vom 1. April 1909 bis Ende Februar 1910 gingen insgesamt 4 227 035,53 Mark ein gegen 3 926 826,45 Mk. im gleichen Zeitraum des Vorjahres; mithin im laufenden Jahre 300 209,08 Mk. mehr.

Toleranz der Unternehmer. Im Anschluß an die in unserem Sprechsaal erschienene Notiz über die „unerquicklichen Akkordverhältnisse" bei der Holzfirma Havemann u. Sohn hat die Firma 21 Arbeiter wegen „Beschäftigungsmangel" entlassen. Es berührt etwas merkwürdig, daß die Entlassung meist ältere Leute betroffen hat, darunter solche, die 10 und 11 Jahre bei der Firma beschäftigt waren. Drei Arbeiter hatten 22 und 23 Jahre bei der Firma ihre Haut zu Markt getragen. Den entlassenen Arbeitern gegenüber machten die Herren Unternehmer zahlreiche Andeutungen, daß mehr die Volksbotennotiz als der „Beschäftigungsmangel" die „Arbeiterfreundlichkeit" der Herren erschüttert hat. Wir kommen auf die Angelegenheit noch zurück.

Lübecker Straßenbahn. Betriebsergebnisse für den Monat Februar 1910. Befördert sind 1910: 447 831 Personen gegen 1909: 401 045 Personen, mithin 1910: 46 786 Personen mehr. Betriebsergebnisse für die Zeit vom 1. April 1909 bis 28. Februar 1910. Befördert sind 1910: 5 853 319 Personen gegen 1909: 5 497 504 Personen, mithin 1910: 355 815 Personen mehr.

Radlerpech. Als ein Radfahrer auf seinem Vehikel gestern mittag den Langen Lohberg in der Richtung nach der Gröpelgrube passierte, wurde er von einem Seminaristen, der — wie es bereits zur Unsitte geworden ist — den Klinkerweg von der Schule bis zur Straße heruntergefahren kam, angerannt und zu Fall gebracht und zwar gerade vor die Pferde eines dort haltenden Fuhrwerks. Die Pferde bäumten auf, doch kam der Angerannte glücklicherweise nicht unter die Hufe, sondern verließ mit zerrissenen Kleidern und Schrammen die Unfallstätte.

Ballonlandung. Gestern nachmittag 5¾ Uhr landete beim Heiligengeistkamp der Hamburger Ballon „Bürgermeister Mönckeberg", der in siebenstündiger Fahrt die Strecke von Hamburg bis hier zurückgelegt hatte. Ein zahlreiches Publikum schaute dem interessanten Schauspiel zu.

In den Tremser Teich gefallen und ertrunken ist gestern abend ein unbekannter Mann, anscheinend ein Handwerksbursche. Der Verunglückte, welcher sich in der Begleitung eines Kollegen befand, hatte bei dem Wirt Schnoor um Unterkunft ersucht. In der Wirtschaft wurde den beiden Leuten bedeutet, daß dort keine Herberge sei und sie auf ein anderes Lokal verwiesen, wo sich ihnen Unterkunftsgelegenheit böte. Als sie dann die Wirtschaft verließen, geriet der eine Mann in den gegenüberliegenden Teich und fand dort den Tod. Es ist in diesem Winter bereits das drittemal, daß Personen in den Teich gefallen sind. Das sollte doch eine dringende Veranlassung sein, Schutzmaßregeln im Interesse des Publikums zu ergreifen, die derartige Unfälle in Zukunft unmöglich machen.

Schlechte Romane werden immer noch in großer Zahl auch von politisch aufgeklärten Arbeitern und Arbeiterinnen gelesen. Diese gemütvergiftenden Sudelschriften werden in 10-Pfennig-Heften ins Haus gebracht und wegen der geringen augenblicklichen Ausgabe gekauft. Unser Parteiverlag, die Buchhandlung Vorwärts, unternimmt es schon seit einer Reihe von Jahren, gleichfalls in 10-Pfennig-Heften gute Romane, Novellen und Skizzen in der Zeitschrift „In Freien Stunden" zu veröffentlichen und alle diejenigen, die immer noch Leser der Schundromane sind, sollten einmal einen Versuch mit der Wochenschrift machen. Sie werden dann bald den Unterschied zwischen der veredelnd wirkenden Romanliteratur und den Sensationsmachwerken herausfinden und sich mit Ekel und Abscheu von diesen abwenden. Der gegenwärtig erscheinende Roman „Die Abendburg" von Bruno Wille eignet sich besonders gut zu einem solchen Versuch, da die wundervolle Sprache, ebensowohl wie die prächtigen Natur- und Milieuschilderungen als auch die spannende Handlung jeden Leser erfreuen. Die uns vorliegenden Hefte 6 und 7 bringen außer dem Hauptroman noch die Fortsetzung der spannenden Erzählung „Romana" von Theodor Mügge, sowie eine Anzahl Skizzen, Abhandlungen und humoristische Episoden. „In Freien Stunden" erscheint wöchentlich und ist zum Preise von 10 Pfg. durch alle Buchhandlungen, Spediteure, Zeitungsausträger und Postanstalten zu beziehen.

Neues Stadttheater. Man schreibt uns: Morgen Mittwoch geht als letztes Gastspiel des Hofschauspielers Karl Grube vom Hoftheater in Weimar (ausnahmsweise bei ermäßigten Mittwochs-Preisen) die Tragödie „Uriel Acosta" von Karl Gutzkow in neuer Einstudierung in Szene. Die Titelrolle spielt Herr Grube. In den übrigen Hauptrollen sind die Herren Brunow, Stahl-Nachbaur, Meynadier, Scholz, Taubé sowie die Damen Bilger, Brandes und Tscherning beschäftigt. Die Inszenierung leitet Herr Brunow. Am Donnerstag, abends 6½ Uhr gelangt Richard Wagners Musikdrama „Götterdämmerung" zur nochmaligen Aufführung. Der neueste Operetten-Schlager der diesjährigen Saison „Der Graf von Luxemburg" von Lehar erlebt seine hiesige Erstaufführung am Sonnabend, den 13. März.

Stadthallen-Theater. Man schreibt uns: Am Donnerstag, abends 8 Uhr, findet die letzte Aufführung des erfolgreichen Lustspiels „Das Konzert" von Hermann Bahr statt.

Süsel. Volksversammlung. Am Sonntag fand hier im Lokale des Herrn Puls eine Volksversammlung statt. Die Genossin Leu-Schwartau sprach über das Thema „Welche Lehre muß die Volksberaubung den Arbeitern und ihren Frauen bringen." Auch hier ist der Reichsverband zur Bekämpfung der Sozialdemokratie fleißig an der Arbeit. Es wurde von den Anwesenden ein Flugblatt mit in die Versammlung gebracht, in dem die wahren Tatsachen bezüglich der Finanzreform, mit denen die Sozialdemokratie agitiert, als Volksbetrug bezeichnet wird. Das verlogene Flugblatt wurde von der Referentin scharf kritisiert. Es müsse im Gegensatz zu der Sudelei des Reichsverbandes heißen: „Nieder mit der Volksberaubung! Hoch die Sozialdemokratie!"

Wilmer. Tödlicher Unglücksfall. Der Fuhrmann Heinrich Münster stürzte vom Wagen, wurde überfahren und war sofort tot.

Standesamtliche Nachrichten

vom 27. Februar bis 5. März 1910.

Geburten.

a) Knaben: Name und Beruf des Vaters.

20. Februar. Dachdecker J. Jarka. Kutscher H. C. J. H. Behnck. 21. Lohndiener L. W. Mauss. 22. Schneider J. H. A. Löding. Lokomotivheizer J. G. Korn. 24. Seemaschinist E. C. L. Petersen. Ökonom L. Chr. E. Böttcher. Schlachter P. A. H. Boldt. 26. Eisenbahn-Wagenschieber H. F. F. Scharrenweber. Bahnarbeiter J. P. Hilbig. Arbeiter C. W. Tarnow. Schlosser F. H. A. Nitsche. 27. Telegraphenarbeiter J. H. H. Scheel (Schönböcken). Maurer H. J. C. Grube. Eisenbahn-Wagenmeister H. H. A. Rohde.

1. März. Arbeiter E. F. A. Müller. 2. Heizer H. Brozio. 4. Lokomotivheizer L. W. C. Währer.

b) Mädchen: Name und Beruf des Vaters

21. Februar. Arbeiter A. E. Ott. 22. Stanzer F. J. Th. Kleinfeld. 23. Schneider H. Finnern. 25. Arbeiter J. F. W. O. H. Schröder. 26. Arbeiter H. F. A. Tietgen. Arbeiter F. W. Vormann. Musiker O. Baldamus. Schlossermeister und Fahrradhändler H. C. A. Benthien. Zollaufseher G. P. G. Lembcke. Kassierer J. A. F. Hauschild. Wirt J. J. C. Nuppnau. 27. Arbeiter C. F. E. Hellmann. Tischler J. C. F. Kröger.

1. März. Schlosser H. Roser. Bahnarbeiter W. J. Chr. Käther. Nieter C. A. L. Steffens. Arbeiter J. F. Freytag. 2. Maurer C. G. Hinz. 3. Gartenarbeiter G. C. J. Johannsen (Krempelsdorf). 5. Arbeiter J. H. Th. Köpcke.

Angeordnete Aufgebote.

28. Februar. Arbeiter A. R. Redlich in Moislinger Heide und A. M. K. S. Wittfoth. Maschinenbauer P. F. W. Fischer und J. M. Berlin. Eisenbahn-Diätar E. A. Schmidt und Witwe E. D. M. M. C. Petersen geb. Grützmacher. Wirt E. G. H. A. Ehlert und M. M. R. Carlsen. Schlosser W. A. K. Schwede und E. E. F. Rebesky. Schuhmachergeselle J. A. G. Biß und A. R. Müller in Oevelgönne.

1. März. Seiler F. A. E. Schefferling und L. M. C. Rachow. 2. Müllergeselle J. H. M. Prigge in Giehlermühlen und A. D. S. Kolz in Schmachthagen. Friseur H. H. A. Burmester und E. T. A. Schnoor in Schwartau. Buchhalter J. M. T. Kammholz und Witwe F. E. C. Rühlemann geb. Hansen. 2. Zollaufseher P. A. H. Köhn in Kücknitz und E. D. W. Otto. Kaufmann E. J. A. Lisch und B. H. C. Bräder in Rügenwalde. 4. Kaufmann A. L. W. F. Mollwo in London und P. L. Schlatter in Fahrwangen. Generalagent H. K. W. Graeff und E. M. M. Behrens in Elkksfelde. Schlachter H. J. C. Stuhr und D. C. W. Bluhm. Arbeiter H. W. B. Schwarck und B. M. M. Kähler. Kaufmann A. C. C. Albrecht und M. A. Albrecht in Schwerin. 5. Arbeiter S. Krassowski und M. M. Köhn. Tischler J. F. Pfeiffer und M. T. A. Geist in Wandsbek. Postbote A. M. Seidel und W. E. A. B. Wilde geb. Schmidt. Bautechniker E. K. M. Jahn in Berlin und A. M. Friedrich in Bürgel.

Eheschließungen.

1. März. Kaufmann C. W. Merkisch und Witwe L. B. Merkisch geb. Knaeb. Konditor J. A. E. Stephan in Parchim und E. J. J. Albert in Hamburg. Zimmermann K. W. F. Zornow und gesch. E. C. D. Müller geb. Schult. 4. Gastwirt J. H. C. Eickhoff und A. E. M. Schumacher in Techau. Matrose C. F. L. Schmidt und W. E. L. Ott. 5. Seemaschinist A. F. F. Tews und W. E. M. Schumacher. Schlosser G. A. E. F. Markward in Ellerbek und J. A. E. Plambeck. Kaufmann P. Eichenfeldt in Remscheid und D. D. A. M. Remmert in Northeim. Kaufmann E. O. Becker in Hamburg und F. E. Becker.

Sterbefälle.

26. Februar. A. C. E. geb. Thörner, Witwe des Schoppenbrauers H. F. G. Feddern, 67 J. 27. Ein Mädchen, 5 Stunden, V.: Tischler J. C. F. Kröger. Liniierer C. Neuner, 22 J. E. D. F. geb. Rautenberg, Ehefrau des Prokuristen C. H. F. Schrein, 58 J. E. H. M. E. A. Scheel, 1 J. C. L. Hübenbecker, 12 J. H. A. R. Foth, 22 T. M. E. G. Peters, 1½ J. E. D. geb. Bahl, Witwe des Monteurs E. L. Ahlmann, 40 J. A. M. L. Voß, 33 J. Handlungslehrling K. M. H. Witt, 15 J. 28. L. C. M. Främke, 21 J. H. W. Ch. K. E. Wulf, 2 J.

1. März: Früherer Arbeiter G. Süß, 80 J. 2. J. Schröder, 7 T. S. Ch. geb. Dittmann, Witwe des Trägers J. H. Retting, vorher verw. Höppner, 85 J. M. S. D. Stübe, 70 J. 3. F. G. E. Boy, 9 M. C. J. H. Maack, 13 J. A. F. A. Böttcher, 11 M. H. B. Matzen, 2 M. A. J. F. geb. Petersen, Witwe des Post-Direktors Justizrat N. Nissen, 84 J. F. M. D. Witt, 14 J. Arbeiter J. H. F. Leu, 74 J. L. S. K. geb. Krause, Witwe des Arbeiters C. F. Grell, genannt Hansen, vorher verw. Bull, genannt Schwartz, 66 J. 4. Landschaftsgärtner J. C. F. Greßmann, 39 J. Registrator bei der Lübeck-Büchener Eisenbahn J. J. C. Gersel, 63 J. O. E. H. Siewert, 2 J. C. S. F. geb. Kurth, Witwe des Webers J. C. G. Fülkel, 71 J. W. K. M. Oschwald, 1 J.

Schiffsnachrichten.

In Travemünde angekommene Schiffe.

Montag, 7. März.

D. Hammar, Kapt. Nielsson, von Gothenburg, in 1½ Tg
D. Rurik, Kapt. Gräslund, von Westervik, in 36 St.
D. Stockholm, Kapt. Dieckow, von Königsberg, in 39 St.
D. Vulkan, Kapt. Nielsen, von Blyth, in 4½ Tg.
D. Motala, Kapt. Gustavson, von Oskarshamn, in 35 St.
D. Hans Illum, Kapt. Illum, von Saborg, in 7 St.
D. Dora, Kapt. Klingenberg, von Memel, in 46 St.
D. Expreß, Kapt. Davidsen, von Flensburg, in 12 St.

Von Travemünde abgegangene Schiffe.

Sonntag, 6. März.

D. Svea, Kapt. Sonnesson, nach Stockholm.
D. Anneliese, Kapt. Thiel, nach Königsberg.

Montag, 7. März.

D. Britannia, Kapt. Stoll, nach Emden.
D. Ostsee, Kapt. Eiggert, nach Furillen.

Schiffsbewegungen.

D. Pehr Brahe, Kapt. Lindroos, ist gestern mittag in Abo angekommen.

Briefkasten.

Kätheleben. In Zukunft bitte zu beachten, daß Briefe auch richtig frankiert werden; heute mußten wir die Post wieder um 20 Pfg. Strafporto bereichern.

Verantwortlich für die Rubrik „Lübeck und Nachbargebiete" und die mit P. L. gezeichneten Artikel: Paul Löwigt, für den gesamten übrigen Inhalt Johannes Stelling. Verleger: Th. Schwartz. Druck: Friedr. Meyer & Co. Sämtlich in Lübeck.

Telephonisch

können **Inserate** nur **ausnahmsweise in ganz dringenden Fällen** angenommen werden. Für die richtige Wiedergabe telephonisch aufgegebener Inserate übernehmen wir keine Garantie und können event. Fehler nur auf Kosten der Inserenten berichtigen.

Expedition des „Lübecker Volksboten".

Ein einfaches Logis mit morgens Kaffee zu vermieten
Geniner Straße 37.

Logis mit Kaffee
Woche 2 Mk. Engelsgrube 81.

Zweizimmer-Wohnung mit Kochgas, 170 Mk.
Kortwinstraße 19.

Zu vermieten zum 1. April **kleine Wohnung**, Preis Mk. 136
Paulstraße 15a.

Mehrere freundl. **Wohnungen** vor dem Mühlentor an ordentliche Leute zu vermieten. Daselbst auch gutes **Wiesenland** zu verpachten.
Näh. bei **Schnepel**, Wasserweg 2.

Gef. z. 1. Juli vorm Burgtor eine **Dreizimmerwohnung** mit Küche, Speisekammer und sonst. Zubehör. Ang. mit Preisang. u. **A M 36** Exp.

Tüchtige Anlegerin
zu sofort gesucht.
Werner & Hörnig,
Buchdruckerei.

Gesucht tüchtige
Arbeiterinnen.
August Schuhmacher,
Ernestinenstraße 3.

Das ehemalige, gut erhaltene **Schulhaus** in **Groß-Steinrade** mit ca. 3500 Quadratmtr. großem Garten soll öffentlich meistbietend verkauft werden. Verkaufsbedingungen werden im Termin bekannt gemacht. Bei annehmbarem Gebote wird Zuschlag sofort erteilt.

1. Verkaufstermin: **Donnerstag, den 10. ds. Mts., abends 7 Uhr** in der „Brauerei Fackenburg".

Stockelsdorf, den 2. März 1910.
Der Gemeindevorstand.
Hinze.

Zu verkaufen:
1 Tittnähmaschine, 1 doppelter Petroleumkocher, 1 große Hängelampe, 1 eiserner Ofen, 1 runder Sofatisch, sehr billig!!!
Augustenstraße 15a.

Ein fast neuer Sportwagen zu verkaufen
Ludwigstraße 70, part.

---

2 Sommerhüte für Konfirmandinnen billig zu verkaufen
Waisenhofstraße 6.

Ein fast neuer brauner Kinderwagenschirm und ein Kohlenplätteisen billig zu verkaufen
Stiftenstraße 27, II., links.

Fahrrad mit Freilauf und Rücktrittbremse, fast neu, billig zu verkaufen Schlumacherstr. 33.

Eine Konfirmationsjacke, eine schwarze Jacke und ein hellkarierter Mantel zu verkaufen
Beckergrube 44, I.

Guterhaltene Sportkarre billig zu verkaufen
Charlottenstraße 6, I.

Neue Nähmaschine, 5 Jahre Gar., gut erhalt. **Fahrrad** mit Torpedo, 55.— Mk. Schwartauer Allee 99.

Billig zu verkaufen **ein gut jagendes Frettchen mit Netzen**
Bülowstraße 8.

Rosen-Pflanzkartoffeln
zu verkaufen. Faß 50 Pfg.
Maack, Schwartauer Allee 168.

Empfehle mich den Herren Gärtnern zum graben.
Fr. H. Janßen, Depenau 29.

Zur bevorstehenden Saison bringe ich mein großes Lager von
Holz- u. Steinkohlenteer, Karbolineum, Dachpappe und Nägel
in empfehlende Erinnerung.
Johannes Timm, Schwartauer Allee 131 a.

Weine, Spirituosen u. Liköre
in jeder Preislage
empfiehlt
J. H. Stooß, Engelsgrube.

Geschäfts-Eröffnung.

Einem geehrten Publikum Lübecks und Umgegend, speziell den Einwohnern St. Matthäi zur gefl. Nachricht, daß ich

Warendorpstraße 72
(Ecke der Schwartauer Allee)
ein

Drogen-, Farben- und Kolonialwarengeschäft

eröffnet habe.

Indem ich gute Ware bei reinlicher Bedienung zusichere, bitte ich, mein junges Unternehmen gütigst unterstützen zu wollen.

Hochachtungsvoll
Heinrich Heldtmann.

Farben,

trockene, sowie in Oel geriebene,
eigene Fabrikation in bekannter Güte.

Leinöl, Siccatif, Lacke etc.
Maler-Utensilien.
Hafen-Drogerie
Georg Bornhöfft.
Lübeck, Untertrave 44-45.

Atelier für Zahntechnik und Zahnpflege.
H. Schreiber, Breitestr. 24.

Abreisenden aufbewahrt u. nachgesandt werden Gegenstände aller Art, als: Mobilien, Koffer 2c. im Lagerhaus und Speditionsgeschäft **Fischergr. 52.**

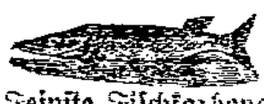
Eimerbier.

Jeden Mittwoch von 5 bis 9 Uhr abends und jeden Donnerstag von 6 bis 9 Uhr morgens.
Brauerei **E. Nickels,** Wahmstr. 31.

Kopf u. Bein Pfd. 25 Pfg.
Ia. Schweinefleisch 70 Pfg.
Bratenstücke pro Pfd.
Karbonade Pfd. 80 Pfg.
Pa. dicke Flomen pro Pfd. 80 Pfg., bei Abnahme von 4 Pfd. p. Pfd. **75** Pfg.
Prima weisses Schmalz v. nur eig. Schlachtungen, pro Pfd. 85 Pf., bei Abnahme v. 4 Pfd. pro Pfd. **80** Pfg.
Pa. Kuheuter pro Pfd. 50 Pfg., bei Abnahme von 2 Pfund pro Pfund **45** Pfg.
gek. Mettwurst u. Leberwurst 70 Pf., **Preßwurst 50** Pfg., **Kohlwurst 60** Pfg., frische **Kochrippen** Pfd. **20** Pf., **Abfallknochen** Pfd. **10** Pfg.
M. Lahrtz, Böttcherstraße 16.

Vereinigte Butterhändler
v. Lübeck u. Umg.

Allerfeinste Meiereibutter
kostet Pfd. **1.55** Mk.



E. Boy, Königstr. 61. F. 1811. Markth.-St. 46.
Feinste Fischkarbonade Pfd. 50 Pf., Rotzungen Pfd. 50 Pf., Schellfische Pfd. 35 Pf., Kabeljau Pfd. 20 Pf., große Schollen Pfd. 40 Pf., Hamburger Stint Pfd. 10—15 Pf., große frische Heringe, 3 Stück 10 Pf., Seelachs Pfd. 20 Pf., täglich frisch geräucherte Aale, Bücklinge, Sprotten, Lachs, Fischfrikadellen Stück 5 Pf.

Deutscher
Metallarbeiter-Verband.
Verwaltungsstelle Lübeck.

Mitglieder-Versammlung
Mittwoch, 9. d. M.,
abends 8½ Uhr
im „Gewerkschaftshaus"
Johannisstraße 50—52.

Tages-Ordnung:
1. Abrechnung von dem Vortragsabend.
2. Festsetzung unserer Vergnügungen und Beschlußfassung eines Ausfluges.
3. Innere Verbandsangelegenheiten.
4. Verschiedenes.

Die Ortsverwaltung.

Machen Sie keine Redensarten

denn es ist bekannt, daß die beiden Käsesorten
Romatour, Marke Flagge . . . . . à **15** Pfg.
Lübecker Frühstückskäse, nach Camember Art . à **10** Pfg.
erhältlich bei 20 Verkäufern und 30 Läden der **Hansa-Meierei,** vorzüglich sind.

Das erlösende Wort

bei den heutigen hohen Butterpreisen heisst:

Cocosa

Pflanzenbutter-

Margarine, unerreicht für Tafel und Küche, schäumt und bräunt beim Braten wie allerfeinste Meiereibutter, angenehmer, milder Geschmack. Die Ersparnis ist enorm. Bestandteile: Das Fruchtmark der Cocosnuss (Cocosin), Milch und Eigelb.

Ueberall erhältlich!

Alleinige Fabrikanten:
Jurgens & Prinzen, G. m. b. H.
Goch (Rhld.)

Die Neue Zeit

Wochenschrift der Deutschen Sozialdemokratie.

Redigiert von **Karl Kautsky.**

Die Neue Zeit erscheint wöchentlich einmal und ist durch alle Buchhandlungen und Kolporteure zum Preise von Mk. 3.25 pro Quartal zu beziehen. Das einzelne Heft kostet 25 Pfg. Durch die Post bezogen beträgt der vierteljährliche Abonnementspreis Mk. 3.25 (ohne Bestellgeld). Bei direktem Bezug unter Kreuzband innerhalb Deutschlands und Österreich-Ungarns vierteljährlich Mk. 3.90, innerhalb des Weltpostvereins vierteljährlich Mk. 4.55.

Die Neue Zeit darf als unentbehrliche Zeitschrift für alle diejenigen bezeichnet werden, welche ein mehr als flüchtiges Interesse für die große Tagesfrage der sozialen Entwicklung haben.

Lübecker
Genossenschafts-Bäckerei
e. G. m. b. H.

Ordentliche
General-Versammlung
am Mittwoch, dem 9. März 1910
abends 8½ Uhr
im Gewerkschaftshaus, Johannisstr. 50-52.

Tagesordnung:
1. Geschäfts- und Kassenbericht vom Jahre 1909.
2. Berichterstattung des Aufsichtsrates über die vorgenommenen Revisionen und Entlastung des Vorstandes.
3. Neuwahl eines Aufsichtsratsmitgliedes.
4. Verteilung des Reingewinns.
5. Genehmigung eines Pachtvertrages.

☞ **An dieser Versammlung dürfen nur Mitglieder teilnehmen, die sich durch Anteilscheine legitimieren müssen.**

Der Vorstand.
P. Pape. J. Böger.

NB. Vom 1. März ds. Js. bis 8. März ds. Js. liegt die Bilanz und Jahresrechnung zur Einsicht der Genossen im Geschäftslokal, Töpferweg 65, vorm. von 9—12 Uhr, nachm. von 3—6 Uhr, aus.

Gewerkschaftshaus Lübeck.

Die Gewerkschaften und Vereine werden ersucht, ihre Festlichkeiten, die in dem Zeitraum vom 1. Mai 1910 bis zum 1. Mai 1911 im Gewerkschaftshaus stattfinden sollen, bis spätestens den 15. März d. J. schriftlich anzumelden.

C. Kluth.

Ortskrankenkasse in Lübeck.

Wahltermin der Kassenmitglieder
Sonntag, d. 13. März 1910,
vormittags 11 bis nachmittags 3 Uhr,
im Geschäftslokale
der Ortskrankenkasse in Lübeck,
Mengstr. 28, Zimmer 2, part.,
zur Neuwahl von Vertretern zur General-Versammlung aus dem Kreise der **Kassenmitglieder.**

Es sind zu wählen **186** Vertreter und **93** Ersatzmänner.

Wahlberechtigt und **wählbar** sind nur diejenigen Kassenmitglieder, welche **großjährig** und im Besitze der bürgerlichen Ehrenrechte sind.

Die Legitimation der Wahlberechtigten erfolgt durch das Mitgliedsbuch.

Lübeck, den 10. Februar 1910.
Der Vorstand.

Ortskrankenkasse in Lübeck.

Wahltermin der Arbeitgeber
Sonntag, den 13. März 1910,
vormittags 11 bis nachmittags 2 Uhr,
im Geschäftslokale
der Ortskrankenkasse in Lübeck,
Mengstraße 28, Zimmer 4, 1. Etage,
zur Neuwahl von Vertretern zur General-Versammlung aus dem Kreise der **Arbeitgeber.**

Es sind zu wählen 78 Vertreter und 39 Ersatzmänner.

Den Arbeitgebern steht für **jedes** Kassenmitglied, für welches sie Beiträge zahlen, eine Stimme zu.

Lübeck, den 19. Februar 1910.
Der Vorstand.

Achtung Bauarbeiter!

Baudelegierten-Sitzung
am Mittwoch, den 9. d. M.,
abends 8 Uhr,
im „Gewerkschaftshaus"
Zimmer 2.
Jeder Bau muß vertreten sein.
Der Vorstand.

Hansa-Theater

Täglich 8¼ Uhr.
Noch nie dagewes. Lacherfolg
erzielt allabendlich die übertolle Burleske

Lübeck
auf
Stelzen

mit **Willy Agoston**
als **Quasslich.**
Vorher: **Das glänzende Spezialitäten-Programm.**

Stadthallentheater.
Donnerstag, 10. März. 8 Uhr.
Zum letzten Male.
Das Konzert.
Lustspiel von Herm. Bahr.
Vorverkauf täglich in den bekannten Stellen bei **Nagel,** Markt 14 und **Roß,** Kohlmarkt 13.

Neues Stadttheater.
Mittwoch, 9. März. 7½ Uhr.
Außer Ab. **Ermäßigte Preise.**
Letztes Gastspiel des Hofschauspiel. Karl Grube v. Hofth. in Weimar.
Uriel Acosta.
Tragödie von Karl Gutzkow.
Uriel Acosta — Karl Grube a. G.
Donnerstag, 10. März. 6½ Uhr.
Götterdämmerung.
Musikdrama von Richard Wagner.

Beilage zum Lübecker Volksboten.

Nr. 56. Dienstag, den 8. März 1910. 17. Jahrg.

Dalai Lama.

Es unterliegt keinem Zweifel mehr, daß der lebende Gott der Buddhisten sich in dem tibetanisch-indischen Durchgangsort, in Darjeeling befindet, und daß die chinesische Regierung seine Flucht mit seiner Suspendierung beantwortete. Andere Einzelheiten, die im Neuyork Herald und der Nowoje Wremja mitgeteilt werden, geben zusammen mit den Schilderungen Sven Hedins über die Wandlungen in Tibet ein ganz klares Bild der Lage in dem Mönchlande, wie auch der Politik Chinas.

Die Flucht des Dalai Lama ist ein weiterer Beweis des Konsolidations- und Konzentrationsprozesses, den China jetzt durchmacht und der geeignet ist, das Reich der Mitte aus einem losen Band halb unabhängiger Provinzen in einen festgefügten Staat zu verwandeln. Tibet war bis jetzt ein Tributstaat Chinas, in dem Rußland und England mehr zu sagen hatten als die chinesische Regierung. Es war ein Tummelplatz der Diplomatie beider Staaten, weil es im Kampfe Rußlands um die Annäherung an die indische Grenze eine wichtige Rolle spielte. Als die Gefahr, daß Tibet russischer Vasallenstaat werde, schon vor der Tür zu stehen schien, sandte England im Jahre 1904 eine Expedition nach Lhassa, der Hauptstadt Tibets, und der Dalai Lama floh vor dem englischen Oberst Younghusband und wanderte fünf Jahre hindurch in der Mongolei und in dem Lande der Tunguien herum.

Aber inzwischen änderte sich die internationale Situation: Rußlands Macht blieb auf dem Schlachtfelde in der Mandschurei tot liegen, Englands Lage in Indien wird nicht mehr von Rußland, sondern von den Indern bedroht und nunmehr ergreift China ein mächtiger Regenerationsprozeß. Der arme Dalai Lama witterte schnell, was vorging: er machte Kotau vor China und betrat den Weg nach Peking, nachdem ihm in Urga Rußland nicht geholfen hatte. China aber war jetzt gewillt, ganze Arbeit in Tibet zu machen. Erstens übernahm es die Kriegsentschädigung, die Tibet England schuldete, komplimentierte so England samt seinen Ansprüchen zur Tür hinaus und bezahlte die russischen Schulden des Dalai Lama. Dann sandte es Militär nach Tibet, und begann in der Verwaltung des Landes Ordnung zu schaffen. Inzwischen gelangte auch der Dalai Lama (Ende 1908) nach Peking. Er wurde, wie es sich für einen lebenden Gott geziemt, mit großem Kimbim in Peking aufgenommen, aber im neuen Konkordatsvertrag mußte er doch viel von seiner Unabhängigkeit an China abtreten. Dann trat er mit 700 Kamelen und 30 Pferden den Rückweg von Peking nach Lhassa an, während eine Karawane von 1300 Kamelen ihm die Wege ebnete. Da ihm die Zukunft nicht sehr lächelte, begann er auf seiner langen Reise — sie dauerte ein volles Jahr — den alten Faden wieder zu spinnen: er begann wieder Zettelungen mit Rußland. Diese Tatsache war der chinesischen Regierung nicht unbekannt, und sie entsandte zur Weihnachtszeit nach Lhassa zwei an der Grenze Tibets stehende Brigaden moderner Infanterie und ein Pionierbataillon, und begann Vermessungen der Linie Tscheng-tu-fu—Lhassa in Verbindung mit der Linie Tschang—Tscheng-tu-fu. Die Situation, die der Dalai Lama in seinem Landa bei seiner Wiederkehr vorfand, schildert der Neuyork Herald, ein in ostasiatischen Angelegenheiten sehr gut informiertes Blatt, folgend:

„Seit der Rückkehr des Dalai Lama von seiner Reise nach Peking machte sich im Lande eine gewisse Mißstimmung geltend. Nicht gegen China, sondern gegen den Dalai Lama. Das schroffe Vorgehen und die Härte des buddhistischen Oberhaupts machte ihn bei seinen Anhängern verhaßt. Die Tibetaner waren durchaus damit einverstanden, daß China Truppen in das Land schickte, um die Verkehrswege zu sichern und in den großen Handelszentren eine Besatzung zu haben. Die chinesischen Beamten waren den Bewohnern Tibets keineswegs feindlich gesinnt. Doch der Dalai Lama sandte seine Truppen durch das Land, um das Volk gegen die Chinesen aufzuhetzen. Die Truppen des Dalai Lama plünderten schamlos. Sie stellten sich auch erfolgreich der Avantgarde der einrückenden chinesischen Armee entgegen, mußten aber vor der Hauptmacht zurückweichen. Dem Einmarsch der chinesischen Truppen in Lhassa wurde von den Bewohnern keinerlei Widerstand entgegengesetzt. Es ist durchaus kein Grund vorhanden, anzunehmen, daß der Dalai Lama von den chinesischen Beamten belästigt oder gar mißachtet werden sollte. Dieser jedoch fürchtete, daß er wegen seiner Hetzereien gegen China und wegen der Untaten seiner Truppen, die chinesische Truppen angegriffen und Greueltaten begingen, zur Verantwortung gezogen werden würde. Er floh daher aus Lhassa trotz der Versicherung des chinesischen Residenten, daß letzterer aus Peking die Anweisung erhalten habe, dem Oberhaupt der Buddhisten mit größtem Entgegenkommen zu begegnen. Furcht, für die Anzettelung einer Erhebung gegen China bestraft zu werden, trieb den Dalai Lama aus seiner Hauptstadt. In Lhassa ist alles ruhig. Die Bevölkerung der Stadt und des Landes hat nichts gegen das Vorgehen des chinesischen Residenten und seiner Beamten einzuwenden; sie ist mit deren Amtsführung zufrieden."

Ob seine Flucht durch hochverräterische Dokumente beschleunigt worden ist, wie verlautet, bleibt unaufgeklärt.

So die Lage in Tibet. Bestätigen sich die Nachrichten des Neuyorker Blattes über die Haltung der tibetanischen Bevölkerung, so hat die chinesische Regierung gewonnenes Spiel. Rußland wird sich mit einer papiernen Protestnote begnügen müssen, und es ist eine Frage, ob England, dessen Interessen in Tibet nur durch die Absicht, den russischen Einfluß dort einzudämmen, bestimmt, also nicht selbständig waren, was Ernstes unternehmen wird. Das ist um so unwahrscheinlicher, je mehr gerade jetzt die innere Situation in England und die Lage in Indien seine Stoßkraft hemmen.

Der Reichsverband gegen die Kieler Ortskrankenkasse.

Es scheint fast, als ob der Reichsverband gegen die Sozialdemokratie in der Auswahl seiner Angriffspunkte um so anspruchsloser werden will, je mehr ihm die glänzenden Erfolge der Sozialdemokratie zeigen, daß im Dienste der Scharfmacher mit Verleumdungen im großen nichts auszurichten ist. Früher kam es dem Reichsverband nicht darauf an, etwa über einen sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten die Lüge zu verbreiten, daß er als Vorsteher einer sozialdemokratischen Druckerei den Staat um die schuldigen Steuern betrüge. Das hat aufgehört, seitdem durch amtliche Erlasse offenbar geworden ist, daß die Steuerdefraudanten nicht in der Sozialdemokratie sitzen, sondern dutzendweise aus den Reihen der agrarischen und scharfmacherischen Interessenten der Reichsverbandslügen herauszuangeln sind.

Gegenwärtig glaubt der Reichsverband genung getan zu haben, wenn er sich darüber aufhält, daß eine Krankenkasse es verschmäht, einen seiner Schützlinge nach Wunsch zu befördern. Die arbeiterfeindliche Presse druckte Ende Februar 1910 aus der Korrespondenz des Reichsverbandes eine Nachricht aus Kiel ab, wonach „jedermann" erwartete, daß die dortige Ortskrankenkasse zum Nachfolger des von seinem Amte zurückgetretenen Rendanten einen Beamten wählen werde der schon seit 1895 im Dienste der Kasse stand und, wie es weiter im Reichsverbandsdeutsch heißt, „vorstandsseitig" zum Abteilungsleiter und Rendanten-Stellvertreter bestimmt worden war. Aber der Mann sei kein Sozialdemokrat gewesen, und so habe man denn einen Boten der Kasse für würdig und fähig erachtet, die Stelle eines Rendanten auszufüllen. Dieser neue Rendant habe seine Befähigung dadurch bekundet, daß er den „sozialdemokratischen" Verband der Bureauangestellten geleitet und Wert darauf gelegt habe, daß die der Ortsgruppe dieses Verbandes angehörenden Kassenangestellten ihre Belehrung durch eine zum größten Teil aus sozialdemokratischer Lektüre bestehende Bibliothek erhielten, deren Existenz durch vom Kassenvorstand bewilligte Zuschüsse unterstützt werde. Weiter machte es dem Reichsverband Magenbeklemmungen, daß die Ortskrankenkasse angeblich von einem „sozialdemokratischen Buchdruckereibesitzer" als Vorsitzenden geleitet wird.

Das sind ja nun alles Denunziationen, deren relative Harmlosigkeit damit entschuldigt werden muß, daß die Sozialdemokratie dem Reichsverband allgemein das Behagen an Verleumdungen großen Stils versalzen hat.

Aber so leid es uns tut, so muß die im Interesse der Scharfmacher arbeitende Organisation sich doch darein finden, daß wir ihr auch in diesem Falle nach Gebühr auf die Finger klopfen.

Was zunächst den sozialdemokratischen Buchdrucker betrifft, so ist der mit diesem Titel beehrte Mann im Jahre 1906 als Geschäftsführer der Kasse angestellt worden und seitdem nicht mehr Buchdruckereibesitzer. Es mag den Reichsverband und seine Geldgeber ärgern, doch muß der Wahrheit gemäß festgestellt werden, daß der auf dem Gebiete der Krankenversicherung mit der besten Sachkenntnis versehene Beamte seit 10 Jahren ununterbrochen die Kasse als Vorsitzender geleitet hat, daß er einstimmig von Arbeitgebern und Arbeitnehmern alle Jahre in dies Amt wiedergewählt wird, und ebenso einstimmig im erwähnten Jahre 1906 mit dem Amt des Geschäftsführers betraut worden ist.

Was nun ferner den beim Reichsverband nicht wohlangeschriebenen „Boten" anlangt, so ist dieser seit dreizehn Jahren Beitragserheber bei der Kasse. Für seinen mit dem „Boten" konkurrierenden Schützling rechnet der Reichsverband zwar 15 Jahre heraus, aber das geschieht ein wenig gewaltsam dadurch, daß er drei Jahre Lehrzeit und zwei Jahre Militärdienst ebenfalls als Dienstzeit betrachtet. Die Leistungen des „Boten" stehen nun hinter denen des angeblich zurückgesetzten „Abteilungsvorstehers" zum mindesten nicht zurück; außerdem kam in Betracht, daß die freigewordene Stelle nicht mehr mit einem Rendanten, sondern lediglich mit einem Kassierer zu besetzen war, der nur Gelder anzunehmen und auf Anweisung anderer Angestellter Gelder auszugeben hat. Weder ist die Buchführung seine Sache, noch hat er etwas mit der Leitung der Kasse zu tun; und aus diesem

Arbeiter.

Roman von Alexander L. Kielland.
Autorisierte Übersetzung aus dem Norwegischen von Kapitän C. von Sarauw.

(32. Fortsetzung.) Nachdruck verboten.

15.

Es war schon 10 Uhr vormittags; aber Njädel Vatnemo hatte noch nicht Hand an die Arbeit gelegt.

In der Stube, wo er saß, war der Fußboden schwarz wie Erde; im Bett lag halbverfaultes Stroh nebst einigen zerrissenen Decken, die Türklinke war abgefallen, so daß die Tür zur Küche halb offen stand, und auf dem Feuerherd stand auf einigen Torfkohlen ein schwarzer Kaffeekessel.

Njädel starrte mit schlaffer Miene durch die kleinen Fensterscheiben. Er war noch nicht halb fertig mit der Frühlingsarbeit auf dem Felde und man war schon mitten im April. Die mächtigen Glieder hingen matt herunter, der wirre Bart war an den Mundwinkeln grau geworden und der Rücken hatte sich stark gekrümmt. Es lag eine dumpfe Hilflosigkeit über den ganzen Riesenkörper ausgebreitet, wie er so zusammengesunken in der niedrigen Stube dasaß, während draußen der Regen schwer herabfiel und der Wind im Schornstein heulte.

Seine Gedanken durchliefen den kleinen Kreis, in dem sie sich um fast zwei Jahre hindurch bewegt hatten. Es war diese „Sache", die gar kein Ende nehmen wollte.

All das Geld, das verausgabt worden, all die guten Worte und Versprechungen des Bruders, alle Hoffnungen, alle Enttäuschungen — alles, was ihn die lange Zeit hindurch in Spannung gehalten, fing jetzt an ihn zu lähmen, wie eine dunkle, geheimnisvolle Macht, mit der er im Finstern kämpfte, ohne zu wissen warum.

Droben im Gebirge hatte er mit Bergstürzen kämpfen müssen; aber das war eine ehrliche Sache, und als es überwunden war, ließ sich nichts weiter dabei machen. Hier unten aber war er von etwas anderem verfolgt. Wohin er sich auch wendete, überall stieß er an etwas Kaltes, Weiches, das sich nicht zerdrücken ließ und nicht nachgeben wollte. Es begegnete ihm, wenn er in die Kirche kam und die Leute ihm scheu auswichen; er traf es im Thing, wo er in gerichtlicher Untersuchung gewesen; es stellte sich ihm in den Weg, wenn er die Arbeit am Graben wieder aufnehmen wollte — er war gebunden, wie von unsichtbaren Hindernissen umgeben, und so fuhr er fort, im Hause und im Stall Frauenarbeit zu verrichten; aber Hilfe wollte er sich nicht verschaffen.

Wie er so dasaß und durch das Fenster sah, konnte er kaum noch die Spur des halbfertigen Grabens erkennen. Der war sein großer Plan gewesen, als er nach Krydsvig kam.

Der Graben sollte dem Flugsand eine Grenze setzen und seine Felder davor schützen. Njädel hatte auch beabsichtigt, Weiden und Schachtelhalm unten am Strande zu pflanzen, wovon er in der Zeitung gelesen hatte.

Nun verfiel sein begonnenes Werk, während die Leute von Börvig sich fleißig Tang holten und tiefe Räderspuren in sein an den Strand stoßendes Feld einschnitten, so daß der Flugsand dadurch noch leichteres Spiel bekam.

Der Lotsen-Altermann Seehus kam durch die Küche herein: „Guten Tag, Njädel; hier ist ein Brief aus Christiania."

Njädel blickte auf und lächelte. Christinens Briefe waren seine einzige Freude.

„Willst Du Kaffee, Altermann?"

„Ich danke," versetzte dieser; er hatte kein Vertrauen zu Njädels Kaffee.

Er öffnete den Brief und stutzte über die sonderbaren schrägen Zeilen und die unsichere Schrift; überdies war die Tinte ausgelaufen, wo ihre Tränen niedergefallen waren.

Er las den kurzen Brief, der so viel enthielt, und las ihn nach einer kurzen Pause noch einmal.

Njädel sprach kein Wort, aber sein Gesicht ward ganz weiß. Als der Altermann den Brief weglegte, nahm er ihn in die Hand und starrte hinein, obgleich er ihn nicht lesen konnte.

Es hatte lange in dem Altermann gekocht. Er sprang auf und rief: „Hier ist Spitzbüberei mit im Spiel, Njädel, so wahr ich Lauritz Boldermann Seehus heiße. Es ist alles eine verfluchte Spiegelfechterei. Ich traue Deinem Bruder nicht — nicht so viel! Erst hat er uns erzählt, Christine wollte ihn absolut haben, aber sie hat sich bloß gefürchtet, und Du hättest es nicht zugeben sollen. So kriegte er uns dazu, ihr zu raten und sie zu beschwatzen; und so bildete er uns ein, alles sei Freude und Herrlichkeit. Ich habe es Christine lange angemerkt, daß — weiter kam er nicht, denn die Zunge versagte ihm den Dienst, und er ging hinaus in die Küche, wo er sich ein paarmal mit großem Geräusch schneuzte.

„Nein — nein — nein —", erwiderte Njädel und schüttelte den Kopf; „Du darfst von dem Andreas nichts Böses sagen, Du solltest ihn nur kennen —"

Die Hoftür ward vorsichtig geöffnet und Sören Börvig schlich sich in die Küche.

„Was willst Du?" schrie Njädel auffahrend.

Sören näherte sich vorsichtig und hielt sich dicht an den Altermann . . .

„Ich bringe Gruß und gute Botschaft", sagte er friedfertig: „von Bekannten in Amerika. Ich habe heute auch einen Brief erhalten."

Njädel steckte rasch Christinens Brief weg.

„Zunächst einen Gruß von des Altermanns Schwester; sie ist Witwe geworden — das weißt Du wohl schon?" fuhr Sören in sanftem Tone fort.

Nein — der Altermann hatte noch nichts davon gehört. Sören Börvig zog einen Brief hervor, den er von seinem Bruder erhalten hatte, und las:

„Mrs. Johnson, Schwester des Altermanns auf Krydsvig, bittet mich, ihn zu grüßen, und ob er nicht nach Amerika herüber kommen und in ihrem Hause wohnen oder dicht dabei Land haben wolle."

„Daran habe ich wahrhaftig manchmal gedacht," murmelte der Altermann.

„Dann war da auch etwas für Dich darin, Njädel!" fuhr Sören fort und suchte in dem Brief herum.

„Ich habe keine Bekannte in Amerika," erwiderte Njädel kurz.

Sören lächelte: „Hat Dich Dein Gedächtnis ganz verlassen? . . Hier steht es: Es ist bei Mr. Johnson auch ein Mädchen aus Krydsvig, und sie wünscht, daß ich einen Gruß an Njädel Vatnemo schicken und sagen soll, es gehe ihr wohl und der Junge gedeihe und habe rote Haare wie sein Vater."

Njädel blickte auf, bedachte sich ein wenig und sagte dann leise: „Ei — hat er rotes Haar!"

Sören sah bald den einen, bald den anderen an und meinte, der Augenblick sei günstig.

„Du bist wohl noch nicht fertig mit der Frühlingsarbeit, Njädel?" begann er vorsichtig.

„Was schert das denn Dich!" brauste Njädel gleich wieder auf.

Grunde ist denn auch das Gehalt des neuen Beamten erheblich niedriger als das seines Vorgängers.

Der angeblich zurückgesetzte Abteilungsvorsteher war mit der Stellvertretung nur deshalb beauftragt worden, weil er bei seiner Tätigkeit am besten kurze Zeit abkommen konnte. Besondere Befähigung dazu besitzt er nicht. Seine Ernennung zum Abteilungsvorsteher erfolgte mit einigen anderen Angestellten gelegentlich der Reorganisation der inneren Verwaltung der Kasse. Und die Stellung hat er lediglich seiner langjährigen Tätigkeit bei der Kasse zu verdanken, weniger seiner besonderen Befähigung. Trotz der von ihm bekundeten „nationalen" Gesinnung hat ihn also der „sozialdemokratische" Kassenvorstand doch zum Abteilungsvorsteher ernannt.

Was nun weiter die Reichsverbandslüge von der auf Kosten der Kasse angeschafften sozialdemokratischen Lektüre betrifft, so beruht sie auf der Tatsache, daß der Vorstand den Bureauangestellten einmal zur Beschaffung von Gesetzbüchern und zum Abonnement auf die Zeitschrift „Arbeiter-Versorgung" 50 Mk. überwiesen hat. Fördert dieser Lesestoff die sozialdemokratische Gesinnung, so mag der Reichsverband sich deswegen mit dem Gesetzgeber auseinandersetzen.

Erwähnt sei noch die Behauptung des Reichsverbandes, daß sechs andere Vorstandsmitglieder eine Anstellung bei der Kasse erhalten hätten. Es ist nun einmal das Pech des Reichsverbandes, mit den Tatsachen auf gespanntem Fuße zu stehen, und so muß denn auch in diesem Falle bemerkt werden, daß nicht sechs, sondern drei ehemalige Vorstandsmitglieder eine Anstellung bei der Kasse erhalten haben. Einer ist Hauswart, zwei sind Krankenkontrolleure geworden. Es ist nicht ersichtlich, warum die Zufälligkeit, daß ein Kassenmitglied in den Vorstand gewählt wurde, die in Betracht kommende Person disqualifizieren sollte.

Selbstverständlich läuft das ganze Geschreibsel des Reichsverbandes darauf hinaus, daß den Scharfmachern und der ihnen ergebenen Regierung im gemeinsamen Kampfe gegen die heutige Rechteverteilung im Krankenkassenwesen der Rücken gesteift werde. Daher müssen die Tatsachen gefälscht werden. Auch im vorliegenden Falle ist die strenge Unparteilichkeit des Kassenvorstandes zum Überfluß noch dadurch bewiesen, daß die eine Hälfte der Kassenangestellten dem freien und die andere Hälfte dem „nationalen" Verbande angehört. Aber Gewissenhaftigkeit und Tüchtigkeit in der Kassenleitung sind dem Scharfmacher Dinge, die man um des löblichen Zweckes willen korrigieren muß. Und dieser Zweck besteht eben darin, daß der Einfluß der Arbeiterschaft in dem einzigen populären Zweige der Gesetzgebung gebrochen werde. Da es mit der Wahrheit nicht geht, da auch durch das Zeugnis der Arbeitgeber immer von neuem wieder die Lauterkeit und Geschäftstüchtigkeit „sozialdemokratischer" Kassenverwaltungen bestätigt wird, bleibt eben garnichts anderes übrig, als es verzweiflungsvoll auch in kleinen Dingen mit der brüchig gewordenen Reichsverbandsmethode zu versuchen.

Deutscher Reichstag.

Originalbericht des „Lübecker Volksboten".

Berlin, den 7. März 1910.

50. Sitzung. Nachmittags 1 Uhr.

Am Bundesratstisch: von Schoen, von Tirpitz.

Zunächst wird in erster und zweiter Lesung der neue Vertrag zwischen Deutschland, Italien und der Schweiz, betreffend die Gotthardbahn erledigt, welcher notwendig geworden ist, weil die Bahn aus privatem Besitz in das Eigentum der schweizerischen Eidgenossenschaft übergegangen ist. In der ersten Lesung findet eine kurze Diskussion statt, wobei Fürst Hatzfeldt (Rp.) ausreichende Entschädigung der Aktionäre wünscht, und Abg. Scheidemann (SD.) demgegenüber betont, daß dem Vertrag zuzustimmen sei, ungeachtet der Furcht, daß die Aktionäre zu kurz kommen können.

Der Marineetat.

Die zweite Beratung, zu welcher ein Antrag Albrecht (SD.) und Gen. auf Einsetzung einer Untersuchungskommission über die Unregelmäßigkeiten in der Verwaltung der Reichswerften vorliegt, wird fortgesetzt.

Dr. Struve (Fortschr. Vpt.): Wir sind erfreut, daß nach den Worten des Reichskanzlers unsere Flotte nur als Friedensinstrument dienen soll. Deshalb lassen wir uns aber nicht in unserer Kritik tremachen. Im Parlament kann gar nicht genug Kritik geübt werden, und das geht keinen Polizeipräsidenten etwas an. (Lebh. Zust. links.) Es ist wahrlich schon genug, daß durch die provokatorischen Kundgebungen von solcher Seite die Öffentlichkeit aufgeregt wird, und ich möchte den Herrn Polizeipräsidenten warnen, sich weiterhin in so unnötiger Weise mit den Vorgängen im Parlament zu befassen. (Lebh. Zust. b. d. Fortschr. Vpt.) Redner geht auf die Denkschrift über das Zulagewesen ein, wonach die Offiziere 7,8 Millionen Mark Gehalt beziehen, dazu aber noch 4,8 Millionen Zulage. Wenn gestern der Herr Staatssekretär bestritten hat, daß von ihm aus eine Verfügung ergangen sei, wonach den Werftbeamten der Verkehr mit Abgeordneten verboten wird, so genügt das nicht. Ich hätte von seiner Loyalität die Erklärung erwartet: So etwas lasse ich von einem Obermerftdirektor mir nicht gefallen, sondern da werde ich mit eisernem Besen dazwischen fahren. (Bravo! b. d. Fortschr. Vpt.)

Staatssekretär v. Tirpitz spricht sich über die Zulagen aus; von den sogenannten Stellenzulagen kämen 86 Proz. auf das untere Personal.

Freiherr von Gamp (Rp.) preist die Verträge mit Krupp; unsere Panzerplatten seien die besten und billigsten der ganzen Welt. Der Staatssekretär hat sich als ein ganz gerissener Geschäftsmann erwiesen. Im übrigen, wenn nun nach dem Wunsche des Grafen Oppersdorf das Reich auch die Firma Thyssen mit dem Bau von Panzerplatten beauftragen wollte, so würde es doch sehr bald zu einer Vereinbarung zwischen Krupp und Thyssen kommen, und das Ende wäre, daß die Preise erheblich teurer würden. (Sehr richtig! rechts.) Wollte man aber eine Reichsanstalt für Geschützgießerei errichten, so dürfte eine solche schwerlich die Leistungen der Firma Krupp erreichen. In der Werftverwaltung fehlt es tatsächlich oft am kaufmännischen Geist. Auf diesen und auf die Ausbildung eines zuverlässigen Arbeiterstammes sollte der Staatssekretär vor allem sein Augenmerk richten. Die Abstriche am Etat sind in der Kommission mit sehr geringer Mehrheit und in zweifelhafter Abstimmung beschlossen worden. (Abg. Mommsen protestiert gegen die Mitteilung von Vorkommnissen in der Kommission.) Redner polemisiert gegen die Ausführungen Südekums vom Sonnabend. Unsere Flotte sei ein Friedensinstrument, und unser Flottenbau richte sich nicht gegen England. (Abg. Ledebour ruft: Leider glaubt es nur niemand.) Auch die Mehrheit der Wähler der sozialdemokratischen Partei ist von der Notwendigkeit einer starken Flotte überzeugt. (Lachen b. d. Soz. Beifall rechts.)

Staatssekretär v. Tirpitz dankt dem Vorredner für seine Anregung, die Abstriche wieder zu beseitigen.

Bassermann (NL.): Es wäre gewiß richtiger gewesen, wenn Herr von Gamp nicht so ausführlich auf Vorgänge in der Budgetkommission eingegangen wäre. (Lebhafte Zustimmung links.) — Redner feiert das Flottengesetz und die Flottenpolitik. — Dr. Südekum hat von dem Verhältnis zu England gesprochen; aber das Maß unserer Flottenrüstungen wollen wir uns nicht von England vorschreiben lassen. Jede starke Nation hat Recht und Anspruch auf eine starke Flotte. Eine englandfeindliche Spitze hat unsere Flottenpolitik nicht. Daß unsere Auslandsflotte noch keineswegs auf der Höhe ist, geht schon daraus hervor, daß wichtige Auslandsstationen von deutschen Kriegsschiffen entblößt sind. Redner bespricht dann ausführlich einen Artikel Leuthners in den „Sozialistischen Monatsheften", der ausführt, daß ein internationales Flottenabrüstungsabkommen einen Eingriff in das Selbstbestimmungsrecht der Nationen bedeutet. (Lebhaftes Hört, hört! b. d. bürgerlichen Parteien, Beifall bei den Natl.)

Ledebour (SD.): Der Reichskanzler hat in seiner kurzen Rede einige Ansichten über die Flottenpolitik geäußert, die bei ähnlicher Gelegenheit seit Bestehen des Reiches jeder Reichskanzler äußern konnte, und wie sie auch wohl jeder Reichskanzler geäußert hat. (Sehr gut! bei den Soz.) Der Reichskanzler sagt, daß unsere auswärtige Politik England wie allen Mächten gegenüber darauf gerichtet sei, die wichtigen kulturellen Kräfte der Nationen zu fördern. Ich zweifle nicht, daß der Reichskanzler die besten Absichten hat, aber aber alles das trifft nicht den Kern der Sache. Die Diplomaten beurteilen sich gegenseitig auch bekanntlich nicht nach dem was sie sagen — womit ich übrigens nicht betonen will, daß Herr von Bethmann sich schon als Diplomat erwiesen hat, (Hckt.) — sondern die Diplomaten werden nach dem beurteilt, was sie tun und unterlassen. Die Taten und Unterlassungen des Herrn von Bethmann und auch der Reichsregierung sind es, welche in England Beunruhigung hervorgerufen haben, und auch die neuste Leistung des Reichskanzlers bestärkt in England den Glauben, daß das, was die Herren über die Flottenpolitik sagen, nichts bedeutet. Mit keinem Worte ist der Reichskanzler auf die wichtigste Frage in unsern Beziehungen zu England eingegangen, auf die, ob England und Deutschland nicht dazu kommen könnten, eine Verständigung über die Abrüstung herbeizuführen. (Sehr richtig! b. d. Soz.) Die Erregung in England hat ihren Grund darin, daß die Engländer sich mit Recht sagen: Will das Deutsche Reich weiter nichts als seine Küsten und seinen Handel schützen, so braucht es eine so große Flotte nicht. Diese kann nur einen Zweck haben, den, für einen großen Seekrieg gerüstet zu sein. Und wie die Dinge liegen, kann das nur gegen England gehen. Hat doch sogar der frühere Staatssekretär von Hollmann gesagt: Die deutschen Küsten verteidigen sich selbst! (Hört, hört! b. d. Soz.) Wenn Sie den deutschen Handel für den Fall eines Krieges, zu dem es hoffentlich niemals kommen wird, bewahren wollen, so müssen sie nach unserer vorjährigen Resolution handeln, die verlangte, daß das Seebeuterecht beseitigt wird. (Sehr richtig! b. d. Soz.) Herrn Bassermann, der sich uns gegenüber auf den Genossen Leuthner berufen hat, bemerke ich erstens, daß Leuthner ein Österreicher und in hohem Grade von alldeutschen Anschauungen angekränkelt ist, und daß ferner keine Berechtigung vorhanden ist, von den Artikeln der Monatshefte einen Schluß auf die Anschauungen der Partei zu ziehen. Mit den chauvinistischen Phantastereien Leuthners kann also Herr Bassermann keinen Staat machen. Mein Parteigenosse Südekum hat einen Ausspruch des verstorbenen Abgeordneten Eugen Richter über die Methode der Auskünfte des Herrn Staatssekretärs von Tirpitz angeführt. Eugen Richter sprach von der Hinterhältigkeit und Mangel an Offenheit, denen wir leider bei dem Herrn Staatssekretär von Tirpitz nicht zum erstenmal begegnen. Wir sind aber diesen Erscheinungen auch bei anderen Vertretern der Reichsregierung fortwährend begegnet. Ich erinnere zum Beweise an die Auskünfte des Fürsten Bülow und des Herrn v. Tirpitz in bezug auf die Verständigung mit England, welche durch die Erklärungen des englischen Premierministers desavouiert wurden. Die Form, in der Fürst Bülow bestritt, daß ein Vorschlag vonseiten Englands erfolgt sei, mußte glauben machen, daß niemals an die deutsche Regierung eine Anregung gelangt sei. In Wirklichkeit aber hatte die englische Regierung nur eine formlose Methode gewählt, wie das diplomatischer Brauch ist. (Hört, hört! b. d. Soz.) Die Tatsachen beweisen also, daß der Vorwurf der Hinterhältigkeit gegen unsere Regierung berechtigt ist. Die Regierung behandelt das Parlament wie eine feindliche Macht, genau wie der Polizeipräsident Berlins, Herr von Jagow, die Bevölkerung Berlins als feindliche Macht behandelt. (Lebh. Zustimmung bei den Soz.) Der Unterschied ist nur der, daß die Herren hier sich diplomatischer Mittel bedienen, während Herr von Jagow direkt auf friedliche Leute einhauen läßt. (Wiederholte lebh. Zustimmung bei der Soz.) Durch diese Doppeldeutigkeit gegenüber den Abgeordneten diskreditiert sich unsere Regierung nicht nur in Deutschland, sondern das führt auch dahin, unser Vaterland vor den fremden Mächten zu diskreditieren. (Sehr wahr! bei den Soz.)

Vizepräsident Erbprinz zu Hohenlohe: Sie dürfen nicht von der deutschen Regierung sagen, daß sie unser Vaterland vor dem Auslande diskreditiert.

Ledebour (SD.): Ich habe gesagt, Herr Präsident, die Haltung unserer Regierung wirke diskreditierend vor dem Auslande. Daß die Herren diese Absicht nicht haben, bezweifle ich gar nicht. Die Herren sind sich eben nicht klar über das, was sie tun. (Sehr gut! bei den Soz.) Die Folge ist jedenfalls die, daß im Auslande das Ansehen Deutschlands immer mehr sinkt. (Sehr wahr! bei den Soz.) Genau so, wie das Ansehen Rußlands unter der zarischen Bureaukratie unter den Nullpunkt herabgesunken ist, so sinkt das Ansehen Deutschlands durch die Regierungsmethode der preußischen Bureaukratie, die das eigene Volk wie eine feindliche Macht behandelt. Ist es doch, wie gesagt, schon so weit gekommen, daß dieser unsagbare Herr von Jagow sich erlaubt, durch seine Gendarmen und Schutzleute auf friedliche Spaziergänger einhauen zu lassen. (Unruhe rechts.)

Vizepräsident Prinz zu Hohenlohe: Ich bitte Sie, bei der Sache zu bleiben.

Ledebour (SD.): Ich führe hier den Nachweis, daß die jetzige Regierungsmethode das Ansehen Deutschlands auf das schmählichste gefährdet. Der Herr Reichskanzler hat diese Fragen der auswärtigen Politik hier in die Debatte gebracht. Sie werden mir, Herr Prädent, es doch nicht unmöglich machen wollen, gegen den Reichskanzler zu polemisieren? Haben Sie so wenig Vertrauen zu dem Herrn, daß er sich nicht selbst verteidigen kann? (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Aufgabe des Reichstages ist es, gestützt auf die Bewegung im Volke, dafür zu sorgen, daß die Leute, welche Deutschland diskreditieren, welche nicht fähig sind, das Ansehen Deutschlands zu wahren, daß diese Leute aus der Regierung verschwinden. (Sehr gut! b. d. Soz., Unruhe rechts.) Wenn Sie (nach rechts) uns dabei im Stich lassen, so werden wir den Kampf allein führen und werden dafür sorgen, daß diese absolut unfähige Regierung nur um so schneller verschwindet. (Lebh. Bravo! b. d. Soz.)

Staatssekretär v. Tirpitz: Die Äußerung des verstorbenen Abg. Richter beruhte auf einem Irrtum seinerseits. Redner sucht dieses in längeren Ausführungen zu beweisen. Auch den Vorwurf der Hinterhältigkeit gegen den Fürsten Bülow bezüglich der Vereinbarungen mit England weise ich nachdrücklich zurück. Die Regierung hat damals erklärt, die englische Regierung sei in den unverbindlichen Gesprächen niemals mit einem Vorschlage herangetreten, der als Basis für amtliche Verhandlungen hätte dienen können. (Bravo! rechts.)

von Oertzen (RP.) versichert, daß unsere Flotte nicht Angriffszwecken diene, bedauert die Ausführung Ledebours und wendet sich dagegen, daß Beamte ohne Erlaubnis ihrer Vorgesetzten Mitteilungen an Parlamentarier machen. (Bravo! rechts.)

Herzog (WVg.): Wir sind mit den kurzen und würdigen Worten des Reichskanzlers vollauf zufrieden. Redner spricht über die Werftverhältnisse, fordert Sparsamkeit, zweckmäßige Kontrolleinrichtungen usw. Den Beamten und Arbeitern müsse es freistehen, sich an Parlamentarier zu wenden, aber es dürfe kein System daraus werden. (Beifall rechts.)

Graf Oppersdorf (Z.) betont erneuert und nachdrücklich die Notwendigkeit, eine Konkurrenz gegen Krupp zu schaffen. — Die Verständigung über eine Begrenzung des Flottenbaues ist nicht identisch mit Abrüstung. (Sehr richtig! i. Zent.) Wir halten durchaus an dem Flottengesetz fest, das schließt aber nicht aus, daß man sich ernsthaft mit der Frage der internationalen Verständigung beschäftigt. (Lebh. Beifall i. Zentr.)

Dr. Leonhardt (Fortschr. Vpt.): Fragen von der eminenten Bedeutung der Flottenpolitik sollten nur in Gegenwart des Reichskanzlers verhandelt werden. Herr von Bethmann hat sehr schnell wieder den Staub des Reichstags von seinen Füßen geschüttelt. (Heiterkeit und sehr gut! links.) Den Antrag auf Wiederherstellung der gestrichenen Messegelder bitte ich dringend abzulehnen. (Lebhafter Beifall links.)

Staatssekretär v. Tirpitz: In bezug auf die Beziehungen zwischen Beamten und Abgeordneten stehe ich ganz auf dem Standpunkt des Abg. von Oertzen. Vom Oberwerftdirektor Admiral von Usedom wird mir telegraphisch mitgeteilt, daß er auf das bestimmteste in Abrede stellt, Untersuchungen eingeleitet oder angeordnet zu haben.

Struve (Fortschr. Vpt.): So wenig wir es billigen, daß Beamte ihre Verwaltung schädigen, dürfen doch andererseits den Beamten in keiner Weise die Staatsbürgerrechte genommen werden. U. a. das, als einzige wirkliche Sachkenner auf öffentliche Mißstände hinzuweisen.

Erzberger (Z.): Nach der letzten Erklärung des Staatssekretärs möchten wir nun doch positiv erfahren, wer oder welche Stelle die bekannten Ermittelungen angeordnet hat. (Sehr richtig!) Die Ängstlichkeit vor der Kritik muß nur den Verdacht erhöhen, daß nicht alles in Ordnung ist. Zur Frage Krupp übergehend, betont Redner, daß der blinde Autoritätsglaube an die Firma Krupp wohl früher seine Berechtigung gehabt habe. Dieser Glaube aber habe das Reich 100 Millionen Mark gekostet (Sehr richtig! i. Z.) und einmal dazu geführt, daß unsere Artillerie der französischen gegenüber minderwertig war. (Sehr wahr! links, Beifall i. Z.)

Damit schließt die Debatte, es folgen persönliche Bemerkungen.

Ledebour (SD.): Der Staatssekretär von Tirpitz hat durch sein Zitieren der vorjährigen Worte des Staatssekretärs von Schoen nur bestätigt, was ich gesagt habe.

Der Titel wird bewilligt, einige weitere Titel werden debattelos bewilligt.

Das Haus vertagt die Weiterberatung auf Dienstag 1 Uhr.

Schluß 7¾ Uhr.

Aus der Partei.

Badischer Parteitag. Der außerordentliche Parteitag, welcher am 6. März in Offenburg (Baden) tagte, war von 160 Stimmberechtigten besucht. Er drückte zunächst den preußischen Wahlrechtskämpfern die Sympathie der badischen Parteigenossen aus. Es wurde dann beschlossen, den nächsten

---

„Gewiß — gewiß — da magst Du recht haben. Aber es ist nun einmal so, daß Nachbarn einander im Auge behalten. Gabst Du nicht 2700 Speziestaler für den Hof — hm?"

Njädel brummte etwas in den Bart.

„Neulich war der Rechtsanwalt Toste bei mir," fuhr Sören ruhig fort, indem er gleichgültig aus dem Fenster sah: „er meinte, Dein Hof wäre wohl ziemlich stark verschuldet."

„Laß mich gefälligst in Ruhe, Sören!" rief Njädel drohend.

„Nun, nun," meinte der Altermann, laß Sören damit herauskommen, was er auf dem Herzen hat; kannst Du es ihm nicht ansehen, daß er Dir was will? Nun, Sören, heraus mit der Sprache!"

Ein solcher Geschäftsgang war durchaus nicht nach Sörens Sinn; die beiden waren ihm viel zu stürmisch; aber er sah ein, daß er sich fügen müsse. „Ja — ich meinte, da Njädel so viele Lasten auf dem Hofe hat, könne er Lust haben, ihn zu verkaufen."

„Wieviel bietest Du für den Hof?" fragte Njädel.

„Hähä, ich habe ja nicht gesagt, daß ich ihn kaufen wollte."

„Wieviel bietest Du?" wiederholte Njädel.

„Zweitausendfünfhundert Taler."

„Das geht nicht an!" rief der Altermann erzürnt, „das reicht ja nur eben hin, um Njädels Schuld zu bezahlen. Außerdem ist die Feldmark jetzt noch einmal so groß, als da er den Hof kaufte. Nein, Sören, Du mußt höher gehen, hörst Du?"

„Ich nehme das Gebot an," sagte Njädel und streckte die Hand aus, „der Handel ist geschlossen."

Der Altermann wollte Einwendungen machen, allein Njädel ließ ihn nicht zu Worte kommen. Sören Börvig war ganz verwirrt, es war gar nicht nach seinem Kopfe gegangen. Indes zog er ein in ein Zeitungspapier gelegtes Dokument hervor mit den Worten: „Es wäre — es wäre vielleicht gut, es schriftlich zu haben. Hier habe ich — hm — etwas, das man einen Kaufkontrakt nennt — wenn —"

„Du bist ein umsichtiger Mann", sprach Njädel höhnisch, „gib die Feder her, Altermann."

Alles was der Altermann dagegen einwendete, war vergeblich. Der andere ergriff die Feder und malte einige dicke Striche aufs Papier, die Njädel bedeuten sollten, und den ganzen freien Platz einnahmen; man sah es aber für genügend an.

(Fortsetzung folgt.)

badischen Parteitag im August d. Js. abzuhalten. Ferner soll der Badische Volkskalender in diesem Jahre in einer Auflage von 25 000 herausgegeben und zum Preise von 25 Pfg. abgegeben werden. Bezüglich der Stärkung der Landeskasse wurde beschlossen, pro Vierteljahr 25 Pfg. Extrasteuer zu erheben. Zugleich soll im nächsten badischen Parteitag der Antrag auf den 10-Pfg.-Wochenbeitrag vorgelegt worden. Zum internationalen Kongreß in Kopenhagen entsendet Baden einen Delegierten. Es wurde dazu Abgeordneter Kolb aus Karlsruhe bestimmt. Die aus Berlin erhaltene Mitteilung, daß die Berliner Parteigenossen die Polizei irregeführt haben, hat bei Bekanntgabe durch den Vorsitzenden großen Beifall ausgelöst.

Die Entlarvung eines Lockspitzels ist den Breslauer Genossen gelungen. Der Bursche, ein 18jähriger Zahntechniker Geyer, ließ sich in die Jugendorganisation aufnehmen, tat immer sehr eifrig und legte eine besondere Vorliebe für verbotene Lieder an den Tag. Besonders reizte er oft die jungen Leute auf, aus Liederbüchern, die er sich hatte kommen lassen, das von der Polizei verpönte Lied: „Stolz weht die Fahne purpurrot" zu singen. Auch in die Partei ließ der Herr sich aufnehmen, tat sich aber hier mehr durch Faulheit und Neugierde beim Flugblattverteilen hervor, als durch Mitarbeit. Seit einiger Zeit fiel nun auf, daß so viele junge Leute polizeiliche Vorladungen erhielten, weil sie angeblich verbotene Lieder gesungen und sich politisch betätigt haben sollten. Man forschte nach und entdeckte, daß Gentleman Geyer kürzlich einem Schriftsetzerlehrling 80 Pfg. angeboten hatte, damit er ihm Abzüge eines im Druck befindlichen Flugblattes gegen die Junker und Polizei vor der Ausgabe besorge. Nun war der Verdacht erwacht und nach und nach kamen all seine Schmutzereien ans Licht. Am Sonntag hatte er noch die Dreistigkeit, in eine Sitzung der Jugendlichen zu kommen. Dort sagte man ihm seine Bäuberei auf den Kopf zu, und mit den Worten: „Wartet nur! Euch bringe ich noch alle dahin, wohin Ihr gehört!" verschwand er. Zu verraten gabs ja aus der Jugendorganisation nichts, aber daß dieser Mensch, der wegen Unterschlagung mit Gefängnis vorbestraft ist, die jungen, harmlosen Leute erst zu verbotenem Tun aufhetzte, um sie dann zu denunzieren und ihnen tausenderlei Unannehmlichkeiten beim Meister usw. zu bereiten, das ist das Gemeine. Die Breslauer Polizei kann stolz sein auf solche Vertrauensmänner. — Inzwischen ist noch ein zweiter Spitzel entlarvt worden!

Die Verschmelzung der linksliberalen Parteien

ist nunmehr endlich am Sonntag in Berlin vor sich gegangen; dieselbe hat die Freisinnige Volkspartei und Freisinnige Vereinigung zu einer letzten Sitzung zusammengeführt. Beide Parteien hielten am Sonnabend ihren letzten Parteitag ab. Während die Verhandlungen der Freisinnigen Vereinigung öffentlich waren, ist die Volkspartei ihren alten Traditionen treu geblieben. — Sie scheute das Licht der Öffentlichkeit und begnügte sich damit, über die nicht öffentliche Verhandlung einen offiziellen Bericht an die Presse zu geben.

Der Parteitag der Freisinnigen Vereinigung war von etwa 250 Personen besucht. Reichstagsabgeordneter Schrader eröffnete die Verhandlungen mit einem Hinweis auf den Zweck der Tagung. Im Verlauf seiner Rede gibt er einen Überblick über die Geschichte der Partei, erwähnt die Wandlungen; die die Partei durchgemacht hat und betont, daß sie hierbei zweierlei gelernt habe: Anerkennung der Militärforderungen und der Kolonialpolitik.

Abg. Mommsen gab eine geschichtliche Darstellung des Verschmelzungsgedankens und Abgeordneter Naumann sprach über Name und Programm der neuen Partei. Als letzter Referent behandelte Professor von Liszt den Punkt: Organisation der neuen Partei.

Vor Beginn der Verhandlungen hatten die weiblichen Delegierten einen Antrag eingebracht, der das aktive und passive Wahlrecht der Frau in der Kommune, zum Reich und den Einzellandtagen fordert. Fräulein Zietz erklärte es für eine Schande, daß angesichts der letzten Statistik, die die ungeheure Beteiligung der Frau an dem wirtschaftlichen Leben ergeben habe, die neue Partei an der Frauenfrage vorübergehen wolle. Sie legt eine Resolution vor, die die zum Parteitag delegierten Frauen gefaßt haben. Darin wird erklärt, daß die Weigerung der Partei, die politische Gleichberechtigung der Frau als Programmforderung aufzustellen, dem Geist des Liberalismus völlig widerspricht und somit die Ausbreitung des Liberalismus schädigt. Die Delegierten protestieren daher aufs entschiedenste gegen diesen Beschluß, der die Werbekraft des Liberalismus unter den Frauen zum Schaden der liberalen Partei völlig unterbinden wird.

Der Parteitag der Freisinnigen Volkspartei war gleichfalls stark besucht. Abgeordneter Funck empfahl in seiner Begrüßungsrede, offen und ehrlich einzuschlagen in die Hand, die von den beiden anderen linksliberalen Parteien zum Bunde entgegengestreckt wird. Die weiblichen Delegierten hatten bereits eine Vorbesprechung abgehalten und ihre Wünsche in Anträgen formuliert. Sie beabsichtigen, für eine nochmalige gründliche Revision der Forderungen in bezug auf die Frauenfrage einzutreten. Abg. Funck hob aber hervor, daß eine Änderung des Programms nicht möglich sei, nachdem der Parteitag der Deutschen Volkspartei seine Zustimmung bereits gegeben hat. Auch Abg. Dr. Müller-Meiningen mahnte, alle weitergehenden Wünsche zurückzustellen. Denn jede Änderung bedeute eine Ablehnung der Einigung. Er betonte, daß das neue Programm zugleich ein Mindest- und ein Einigungsprogramm ist. „Es soll keinem Mitglied der Partei verboten sein, in bezug auf einzelne Punkte weiterzugehen, als das Programm zuläßt, aber wenn ein Parteifreund weitergehende Forderungen, beispielsweise in bezug auf die Frauenfrage, vertritt, so kann er selbstverständlich nicht die Autorität des Parteiprogramms für sich geltend machen."

Ein Antrag Christ-Mainz, das Programm en bloc anzunehmen, fand nicht die Zustimmung des Parteitages. Zum Absatz 8 lag ein Antrag der weiblichen Delegierten vor, den Frauen das aktive und passive Wahlrecht zu den Parlamenten und den Kommunalvertretungen zu gewähren. Frl. Maria Lischnewska begründete diesen Antrag: Es gälte, die Hälfte der Nation der Partei zuzuführen. Sie verlangte die Aufnahme der Forderung politischer Rechte für die Frauen in das Programm. Den deutschen Frauen müßten dieselben Rechte gewährt werden, die die Frauen in Dänemark und Finnland schon erhalten haben. Abg. Ablaß warf die Frage auf, ob Frl. Lischnewska recht daran getan habe, sofort die Kabinettsfrage zu stellen für den Fall, daß die Forderungen der Frauen nicht bewilligt werden. Zu welcher Partei wollen denn die liberalen Frauen gehen? Frl. Lischnewska gibt darauf keine klare Antwort. Ich rechne darauf, daß wir heute nicht das Band zerschneiden, das uns verbindet? Wir werden die Frauen in ihrem Kampf unterstützen. Frl. Lischnewska erwiderte: Was wir tun werden, werden Sie hören, wenn Sie heute gehandelt haben. Diese Erklärung rief lebhafte Unruhe hervor. Der Parteitag stimmte dem vorgeschlagenen Einigungsprogramm gegen etwa vier Stimmen unter gleichzeitiger Annahme einer Resolution Müller-Meiningen-Wiemer-Ablaß zu, die dem Wunsche Ausdruck gibt, daß in der neuen Partei die Frage der Gewährung politischer Rechte an die Frauen sorgsam geprüft und auf dem nächsten Parteitag erneut zur Verhandlung gebracht wird.

Werden sich die Frauen mit dieser nichtssagenden Liebeserklärung begnügen?

Gewerkschaftsbewegung.

Aussperrung in der Filzwarenbranche. In Greifenhagen (Pommern) hat vor einigen Jahren die Organisation der Filzwarenarbeiter Eingang gefunden. Das Bestreben der organisierten Arbeiter, ihre erbärmlichen Löhne zu verbessern und die scharfe Ausbeutung der als Lehrlinge bezeichneten billigen jugendlichen Arbeiter zu verhindern, war den Unternehmern schon längst unbequem, sie warteten nur auf eine günstige Gelegenheit zur Sprengung der ihnen verhaßten Arbeiterorganisation. Jetzt, infolge des milden Winters, in dem wenig Filzschuhe gekauft wurden, hielten die Fabrikanten den Zeitpunkt für gekommen. Sie stellten das Verlangen an die Arbeiter, entweder aus der Organisation auszutreten oder die Arbeit aufzugeben. Die Arbeiter bei den Filzwarenfabriken Franz Ehrmann, Ernst Walter und Metzke, die mit Vorliebe ihre Ware an die Konsumvereine in Brandenburg und Pommern verkaufen, traten nicht aus der Organisation aus, sie wurden deshalb entlassen. Die gleiche organisationsfeindliche Haltung nimmt die Filzwarenfabrik A. Brodt in Eberswalde ein. Zuzug von Wollarbeitern nach diesen Orten, sowie nach Greifenhagen und Stettin, wo ebenfalls Arbeiter wegen ihrer Organisationsangehörigkeit entlassen worden sind, ist fernzuhalten.

Wiederaufnahme der zentralen Verhandlungen im Baugewerbe. Die Verhandlungen finden wieder in Berlin statt und beginnen am Mittwoch den 9. März. Mit der Vertretung des Deutschen Arbeitgeberbundes ist wieder die Dreizehnerkommission beauftragt; arbeiterseitig nehmen ebenfalls die Vertreter der Zentralvorstände der Maurer, der Zimmerer, der Bauhilfsarbeiter und Christlicher Bauarbeiterverband teil.

Der Streik der Damenschneider und -schneiderinnen in Nürnberg wurde durch Verhandlungen beendet. Die Forderungen der Ausständigen wurden erfüllt; am Dienstag nehmen die Arbeiter und Arbeiterinnen die Arbeit wieder auf.

Der Streik der Konfektionsarbeiter beendet! Am 5. März wurde ein Tarifvertrag abgeschlossen. Es wurde eine Arbeitszeit im Winter von 9, im Sommer von 9½ Stunden festgelegt. Auch die Löhne wurden geregelt. Es hat bisher dort ein Tarifvertrag nicht bestanden; dieser gilt bis 1. August 1912.

Tarifverträge in der Brauindustrie. Einen großen Schritt nach vorwärts in der Verkürzung der Arbeitszeit bedeutet der zwischen dem Brauereiarbeiterverband und der Lagerbierbrauerei Wülfel bei Hannover abgeschlossene Tarifvertrag. Die bisher 9½ Stunden dauernde Arbeitszeit wurde für den Sommer auf 9 Stunden, und für den Winter auf 8½ Stunden herabgesetzt. Der Lohn wurde um 2,50 Mk. pro Woche für alle Arbeiterkategorien erhöht, dazu kommt eine weitere jährliche Steigerung um 1 Mk. pro Woche, ferner Erweiterung des Urlaubs ohne Lohnabzug auf 3 Arbeitstage nach einjähriger und 10 Tage nach dreijähriger Beschäftigung. Die Arbeiter des Betriebes gehören sämtlich dem Brauereiarbeiterverband an.

Lohnbewegungen im Holzgewerbe. In Schwenningen ist der Streik in der Möbelfabrik Gebrüder Lauffer nach 30wöchiger Dauer beendet worden. Trotzdem es der Firma gelungen war, eine größere Anzahl Arbeitswilliger zu finden, konnte der Kampf mit einem Erfolg für die Holzarbeiter abgeschlossen werden. Erreicht wurde eine Lohnerhöhung von 3 Pfg. pro Stunde und 7 Prozent Aufschlag auf die bestehenden Akkordpreise. Bemerkenswert ist, daß wegen dieses Kampfes nicht weniger als 18 Arbeiter Anklagen wegen Bedrohung Arbeitswilliger erhalten haben. Die meisten mußten allerdings freigesprochen werden. In Darmstadt wurde mit der Firma Hofmöbelfabrik Alter ein Tarifvertrag auf drei Jahre abgeschlossen. Es handelt sich hier um eine der größten Möbelfabriken Deutschlands und ist zu erwähnen, daß im Jahre 1908 durch das sogenannte Leipziger Schiedsgericht auch ein Spruch für Darmstadt gefällt wurde, der seinerzeit von den dortigen Holzindustriellen nicht anerkannt worden ist. Die Organisation der Arbeitgeber hat hierdurch einen argen Stoß erlitten. Aus diesem Grunde sah sich die genannte Firma veranlaßt, mit dem Holzarbeiterverband Frieden zu schließen. Als Mindestlohn wurden 48 Pfg. Stundenlohn, der sich im Jahre 1912 auf 51 Pfg. pro Stunde steigert, festgesetzt. Die Stundenlöhne werden um 5 Pfg. erhöht und findet diese Erhöhung auf die Akkordarbeit sinngemäße Anwendung. Der Vertrag regelt das Überstundenwesen, die Montagearbeit usw. und ist in demselben auch eine Schlichtungskommission vorgesehen. In Bautzen ist die Aussperrung in der Waggonfabrik nunmehr beendet und zwar nach 15 wöchentlicher Dauer. Wenn auch von großen Errungenschaften nicht gesprochen werden kann, so darf die Arbeiterschaft doch auf den Kampf stolz sein. Von der Firma wurde zugesagt, daß Maßregelungen nicht stattfinden sollen, und daß über die strittigen Akkordpreise eine Verständigung in allernächster Zeit herbeigeführt werden solle. In Blomberg (Lippe) ist der Streik der Stuhlarbeiter bei der Firma Brede u. Schwarz nach 9tägiger Dauer zugunsten der Arbeiter beendet. Die Firma wollte für neueingeführte Stuhlsorten einen erheblich reduzierten Preis festlegen und bestand noch dann auf ihrem Vorhaben, als die Arbeiter nachwiesen, daß bei den reduzierten Preisen ein — auch nur annähernd auskömmlicher Lohn — nicht verdient werden könnte. Jetzt hat die Firma die von der Arbeiterschaft für notwendig bezeichneten Akkordsätze zugestanden und konnte die Arbeit wieder aufgenommen werden. In Löbau-Ebersbach wurde die Arbeit in der Pianofortefabrik von Förster eingestellt wegen des brutalen Verhaltens der Geschäftsinhaber dem Personal gegenüber. Die Arbeiterschaft des Betriebes verlangte die Abschaffung einer Reihe Mißstände und dauernde Anerkennung eines Arbeiterausschusses. Der Zweigbetrieb befindet sich in Georgswalde auf der österreichischen Grenze und sind dort auch eine ganze Anzahl österreichischer Staatsangehöriger beschäftigt. Eine Kommission, die vorstellig wurde, behandelte der Geschäftsführer in recht brüsker Form und entließ den Wortführer derselben, worauf die gesamten Arbeiter den Betrieb verließen. Nach einigen Tagen bot sich die österreichische Behörde in Gemeinschaft mit dem Gauleiter des Holzarbeiterverbandes zur Vermittelung an. Es wurde erreicht, daß die Wünsche der Arbeiter Berücksichtigung fanden, und konnte daraufhin die Arbeit geschlossen wieder aufgenommen werden. Bemerkenswert ist, daß gelegentlich der Verhandlungen der Geschäftsführer erklärte, daß es in der heutigen Zeit unmöglich sei, eine Pianofortefabrik mit unorganisierten Arbeitern aufrecht erhalten zu können, denn sagte er, „ein intelligenter Arbeiter ist heute in seiner Berufsorganisation. „In Oeynhausen haben bei der Firma Olezky u. Steinmeyer sämtliche 40 Tischler und Maschinenarbeiter die Arbeit einstellen müssen, weil erhebliche Akkordreduktionen vorgenommen wurden. Zuzug ist fernzuhalten.

„Streikbrecher" ist unter Umständen keine Beleidigung. Gauleiter Lankes vom Bäckerverband klagte gegen einen „Gelben" in Hanau, der in der Backstube zu einem anderen Gehilfen gesagt hatte: „Der Lankes ist selbst ein Streikbrecher!" Das Landgericht wies die Klage in der Berufungsinstanz ab mit der gleichen Begründung, die schon das Schöffengericht gegeben hatte. Die Bezeichnung „Streikbrecher" sei an sich nicht beleidigend, es komme dabei „auf die besonderen Umstände an". Als aber im vorigen Jahre der Stadtverordnete Salomon gelegentlich des Bäckerstreiks ein Flugblatt herausgegeben hatte, in dem darauf hingewiesen wurde, daß eine Bäckerei Streikbrecher beschäftige, wurde er von demselben Gericht, obwohl er keine Namen genannt hatte, zu 150 Mk. Geldstrafe verurteilt. — Wenn zwei dasselbe tun, so ist es noch lange nicht dasselbe.

Die Farbenfabrik Sinzing in Regensburg sucht in auswärtigen Blättern Arbeiter. Es handelt sich um eine massenhafte Heranziehung von Arbeitswilligen, denn die Arbeiter der Firma stehen vor einem Lohnkampf.

Streik der Hafenarbeiter in Rumänien. Aus allen Hafenstädten des Landes wurde am 3. März der plötzliche Ausbruch einer Streikbewegung der Hafenarbeiter gemeldet. Die Hafenarbeiter in Galatz, die zuerst in die Bewegung eintraten, beanspruchen eine Reduzierung der Arbeitszeit von zehn auf acht Stunden bei gleichzeitiger Erhöhung des Taglohnes um rund 25 Proz. Ferner wird der Ausbruch einer gleichartigen Bewegung aus Braila gemeldet, an der die Mehrzahl der dortigen Hafenarbeiter teilnimmt. Die Hafenbehörden haben wegen Beilegung der Streikbewegung Verhandlungen eingeleitet.

Aus dem Gerichtssaal.

Ein schlagfertiger Herr. Der Rittergutsbesitzer Holtz aus Treptow bei Stolp, der am 2. Juni v. J. mit seinen Arbeitern (Galiziern) in Streit geraten war und diese geschlagen hatte, wurde Montag vom Schöffengericht zu vier Monaten Gefängnis verurteilt. — Der „Stettiner Volksbote" hatte seinerzeit über den Vorfall berichtet und war Genosse Mehlich als verantwortlicher Redakteur wegen Beleidigung des Holtz zu 150 Mk. Strafe verurteilt worden.

Die „Hellseherin" und ihr Opfer. Vor der Strafkammer in Hannover wurde am 4. März eine Schwindelaffäre verhandelt, die wieder zeigt, daß die Dummen nie alle werden. Seit vorigem Sommer stand eine heiratslustige, 57 Jahre alte Witwe Stier aus Dresden mit der ebenfalls dort wohnenden „Wahrsagerin und Hellseherin" Dora Nixdorf, geb. Heitfeld, und deren Helfershelfer, dem Schuhmacher Kellner, wegen Abschluß eines Eheblündnisses mit dem angeblichen Kammerherrn von Bülow, der Gesandter am braunschweigischen Hofe sein sollte, in Verbindung. v. B., der Besitzer eines Millionenvermögens sei, wurde in absentia mit der St. verlobt. Die Angeklagten schwindelten der unglaublich leichtgläubigen Witwe vor, der — gar nicht existierende — Herr v. B. werde sich demnächst in Budapest mit ihr vermählen: sie sandten ihr angeblich von dem zärtlichen Bräutigam herrührende Blumenspenden und Briefe und führten sie endlich nach Braunschweig und Hannover, wo das Schwindlerpaar wochenlang auf Kosten der St. lebte. Als die Witwe, die nach und nach ihren „Freunden" zur Ausstattung des Heims der zukünftigen Freifrau v. B. rund 10 000 Mk. hatte übergeben müssen, ungeduldig wurde, machte die Nixdorf ihr unter Vorzeigung gefälschter Dokumente weis, Herr v. B. habe die Verleihung des Adels an seine Braut durchgesetzt und werde nun bald nach Hannover kommen, um sie heimzuführen. Der 23jährige Sohn der Frau St. deckte endlich den Schwindel auf und veranlaßte die Verhaftung des Gaunerpaares. Vom Gericht, das gegen die Nixdorf und Kellner auf je 1 Jahr 6 Monate Gefängnis erkannte, wurde den Schwindlern strafmildernd die übergroße Leichtgläubigkeit der Witwe St. zugute gerechnet.

Todesurteil. Das Schwurgericht in Augsburg verurteilte den Bauernsohn Bader, der während des vorjährigen Ernteurlaubs seine Geliebte erdrosselt hatte, zum Tode.

Russische Reaktionsgreuel.

Die Tätigkeit der Kontrerevolution und ihres vorzüglichsten Werkzeuges, der Kriegsgerichte, das ganze Arsenal von Mitteln, die gegen die Freiheitskämpfer angewendet werden, das Martern der Gefangenen zwecks Erpressung von Geständnissen, die ungeheuerliche gerichtliche Prozedur, endlich ihr gewöhnlicher Epilog, der Galgen — dies alles ist in Rußland so allgemein und häufig, daß fast niemand mehr über die allmonatliche Statistik der Morde staunt. Im Ausland hingegen rief in einigen besonderen Fällen von Hinrichtungen gerade das Gefühl der Unwiderruflichkeit des geschehenen Mordes tiefe Erregung hervor, von der man allerdings nicht sagen kann, daß sie nachhaltig wäre. Auf jeden Fall kehrte sich die Bewegung gegen die Todesurteile, gegen das bewußte Hinmorden der Besten des Volkes. Sind doch im Laufe der letzten vier Jahre etwa dreitausend Hinrichtungen vollzogen worden.

Mit diesen dreitausend Menschen vollzog das Zarat seine Abrechnung auf kurzem Wege. Aber mehr als dreimal soviel Leute wurden von den Kriegsgerichten zu langjährigem, langsamem Hinsterben in der Katorga verurteilt. Die Geschichte ihrer Martern und die Rache der Regierung haben erst begonnen. Herausgerissen aus den Reihen der Lebenden, lebendig begraben, der primitivsten Rechte bar, vergehen in langsamer Agonie Tausende der energischsten Genossen und Genossinnen, die bravsten, mutigsten von den Kämpfern und Leitern der revolutionären Bewegung.

Die Katorga (das Wort ist unübersetzbar) ist die höchste Strafe, die von den gewöhnlichen Gerichten gegen Verbrecher und gegen die gefährlichsten Individuen angewendet wird. Eine solche Verurteilung hat den Verlust aller Rechte zur Folge. Dem Verurteilten werden auch die spärlichen Staatsbürgerrechte, die er in Rußland besitzt, aberkannt. Damit ist er aus den Reihen der Lebenden gestrichen, für die Gesellschaft existiert er nach dem Urteil des Gerichts nicht mehr und für den Staat ist er nunmehr nur noch eine Nummer eines Arbeitstieres. Die jedem Menschen auch selbst in der primitivsten Gemeinschaft zustehenden Rechte gelten für ihn nicht. Er darf kein Eigentum besitzen, die Ehe ist aufgelöst, eine Familie hat er nach dem Gesetz nicht mehr und einen freien Beruf darf er auch nicht ausüben. Zum Beispiel Arzt, Lehrer darf er auch dann nicht sein, wenn er die bezüglichen Diplome hat. Er kann niemanden verklagen und auch das Recht, eine Beschwerde an die Behörde zu senden, ist ihm genommen. Ein an ihm begangener Mord oder ein anderes Verbrechen wird gerichtlich weder verfolgt noch geahndet. Kurz, der „Katorschnik" steht außerhalb jedes Gesetzes: er ist dem betreffenden Gefängnischef, seinen Wärtern und Aufsehern vollkommen, unwiderruflich, ohne Beschwerdemöglichkeit ausgeliefert.

Als Zeichen der Schande und der Erniedrigung werden dem Verurteilten die Kopfhaare zur Hälfte wegrasiert, den gemeinen Verbrechern wird überdies mit heißem Eisen ein Brandmal aufgedrückt, das persönliche Besitztum konfisziert und die Sträflingskleidung angezogen. Endlich werden ihnen Hände und Füße in Eisen geschmiedet und dann beide Eisen durch eine lange Kette verbunden. Die Eisen samt Ketten wiegen zirka zwölf Kilogramm und müssen nun Tag und Nacht getragen werden, wobei sie sich ins Fleisch einschneiden und tiefe, schmerzende Wunden verursachen.

Die Katorga ist gewöhnlich verbunden mit schwerer Zwangsarbeit. Daher wurden auch die meisten Katorgagefängnisse in Sibirien und am Baikal an Orten gebaut, wo Bergwerke existieren, in denen die Sträflinge an Schubkarren geschmiedet, am Tage arbeiteten und die Nacht dann in den Gefängnissen zubrachten. Die meisten dieser Bergwerke wurden in neuerer Zeit wegen Unergiebigkeit geschlossen, die Gefängnisse aber sind geblieben.

Die ersten, die aus politischen Gründen zur Katorga getrieben wurden, waren wahrscheinlich die Dekabristen (Teilnehmer am Dezemberaufstand 1825), von denen die meisten in Akatuj in den Nertschinsker Gruben schafften. Dann kamen die polnischen Aufstände und wieder bevölkerte sich die Katorga zuletzt 1863. Dann kam das erste Auftreten einer Arbeiterbewegung (Narodnaja Wola 2c.) in den achtziger Jahren. 1885 und 1886 waren in dem Katorgagefängnis zu Kara die Mitglieder der ersten polnischen sozialdemokratischen Partei „Proletariat" interniert, die auch in den Nertschinsker Gruben arbeiteten. Nun entstand in der Arbeiterbewegung das Material, mit dem man die Katorga füllte, bis die Ereignisse der Jahre 1905 und 1906 wieder den Anlaß gaben, die Katorga durch Massen zu übervölkern. Dank der energischen Arbeit der Kriegsgerichte sind die eigentlichen Katorgagefängnisse überfüllt. Es sind dies Tobolsk, Alexandrowsk (Gouvernement Irkutsk), wohin jetzt eben die Sozialdemokraten der zweiten Duma transportiert werden, beide in Sibirien, ferner die Gefängnisse des Nertschinsker Kreises in Nertschinsk, Akatuj, Serentuj, Jara, Algatschi und Kadaj. Für weibliche Sträflinge ist das Gefängnis in Maleew bei Nertschinsk bestimmt. Im Jahre 1908 waren in Serentuj 300 Politische und 500 gemeine Verbrecher, in Akatuj, das im ganzen für 80 Personen bestimmt ist, waren 150 Politische interniert, in Nertschinsk 200. Die Überfüllung war furchtbar, so daß in Einzelzellen bis 5 Leute schliefen, in Zellen für 30 Personen waren bis 60 Personen untergebracht. Infolge dieser Umstände und der ungenügenden Anzahl von Pritschen haben die Sträflinge monatelang abwechselnd geschlafen. Bis 8 Uhr nachts schlief eine Schicht und von 3 Uhr ab schlief der andere Teil bis zum Appell, der je nach dem Gefängnis zwischen 5 und 6 Uhr morgens stattfindet. Die Regierung war gezwungen, da solche Zustände auch der Disziplin in den Gefängnissen abträglich waren, im europäischen Rußland eine Anzahl für die Katorschniki bestimmte Gefängnisse zu bauen oder zu adaptieren, so in Moskau, Smolensk, Wladimir, Odessa, Orel Nikolajew, Pskow usw. Sogar das 1905 oder 1906 aufgelassene Gefängnis in der furchtbaren Festung Schlüsselburg wurde wieder in Verwendung genommen. Aber auch das genügt nicht, so sitzen denn Hunderte von zur Katorga Verurteilten in den verschiedensten Gefängnissen Rußlands und Polens und warten auf einen freien Platz in der eigentlichen Katorga. Darum herrscht auch die Zwangsarbeit nicht überall, sie wird auch nicht systematisch organisiert. In den Gefängnissen des europäischen Rußland werden die Katorgasträflinge zum großen Teil mit gewöhnlichen Zuchthausarbeiten beschäftigt. Anderswo hinwiederum werden sie zur Reinigung von Abflußkanälen, Mistgruben, Abfuhr der Fäkalien und ähnlichen ekelerregenden Arbeiten verwendet.

Aber nicht so sehr diese Arbeiten sind es, die das Leben des Katorgasträflings zur Qual machen, als die absolute Rechtlosigkeit gegenüber jedem noch so niedrig gestellten Repräsentanten der Gefängnisverwaltung. Diese letztere ist gegenüber den Sträflingen mit den weitgehenden Vollmachten ausgestattet. Alle ihr gut und wirksam dünkenden Strafen dürfen von ihr verhängt werden. Karzer, Rutenstreiche, Schläge, Mißhandlungen, endlich der Gebrauch der blanken und der Feuerwaffe können jederzeit und ohne Einschränkung zur Anwendung gebracht werden. Die einzelnen Gefängnisverwalter werden dazu noch von der Hauptverwaltung der Gefängnisse in Petersburg zu Grausamkeiten ermuntert, und mit Demission wird denen gedroht, die nicht scharf genug gegen die Sträflinge vorgehen.

Die Nahrung der Gefangenen besteht aus Schwarzbrot, sibirischem Würfeltee (ohne Zucker), das Mittagessen aus der traditionellen Balanda, einer Art Wassersuppe mit graupenähnlicher Zugabe. An zwei Tagen in der Woche werden in die Suppe zirka acht Deka Fleisch eingebrockt. Zur Abwechslung erhält man an zwei Tagen der Woche statt der Suppe ein Stück Speck. Man versteht, warum sich diejenigen glücklich schätzen, die auch nur ein paar Kopeken erhalten, um sich das Köstlichste zu kaufen — nämlich Zucker.

Der Platzmangel gestattet nicht, einzelne besonders krasse Ereignisse des näheren zu beschreiben, um eine Vorstellung von den Zuständen in den Gefängnissen zu machen. Akatuj, Algatschi, Tobolsk, Orel, Kielce, die Schlüsselburg, Smolensk sind Leidensstationen der Katorga in den letzten drei Jahren, zugleich der Schauplatz verzweifelter, tragisch und blutig endender Kämpfe der Gefangenen mit der Verwaltung. Der dreijährige Kampf der Politischen brachte diesen als Resultat nur blutige Vergeltung und ein noch drakonischeres Regime. An der Blutgier und der Macht der Regierung prallen alle Angriffe der Wehrlosen ab.

Es ist unter diesen Umständen kein Wunder, daß die Gefangenen sich um jeden Preis befreien wollen. Die Flucht aus dem Gefängnis bildet den Gegenstand ihres ständigen Nachdenkens und Sinnens. Die wahnsinnigsten und abenteuerlichsten Pläne finden Anhänger und Beifall. Sie graben oft jahrelang unterirdische Gänge, die sie hinausführen sollen, und diese werden fast regelmäßig entdeckt; dann folgt blutige Rache seitens der Verwaltung und als Antwort darauf ein noch waghalsigerer Plan zur Flucht. Und wenn auch einigen die Flucht gelingt, so sind sie noch lange nicht geborgen.

Die unermeßliche Fläche, die weglosen Tajgen (Sümpfe), die undurchdringlichen Wälder, die menschenleere Öde, wo oft hunderte Kilometer im Umkreise keine Menschen zu sehen sind, bewirken, daß die Flüchtlinge vor Erschöpfung und Hunger niedersinken und oft froh sind, wenn sie die ausgeschickten Häscher aufgreifen und ins Gefängnis zurückbringen, wo ihnen der Freiheitsdrang durch Rutenstreiche ausgetrieben wird.

Dieselben Verhältnisse verursachen die erschreckende Epidemie der Selbstmorde in der Katorga. Die hungernden, mißhandelten Sträflinge, speziell die intelligenteren, sehen keinen anderen Ausweg aus diesen schmachvollen Verhältnissen als den Selbstmord.

Diese Zeilen erheben nicht den Anspruch, die Katorga auch nur einigermaßen genau zu schildern. Dazu wären Bände erforderlich, auch wenn man nur die Ausschreitungen der Behörden, die Grausamkeit der Verwalter und der Soldateska registrieren wollte. Und doch ist das Material spärlich. Die Gefangenen dürfen fast nicht mehr schreiben. Von Zeit zu Zeit berichtet ein glücklich durchgeschmuggelter Brief von Greueln, die oft monatelang zurückliegen. Alles, was da an allen Seiten Rußlands an den Katorschnik verbrochen wird, verliert sich in den Mauern der Gefängnisse und höchst selten findet eine Nachricht den Weg in die Öffentlichkeit. Aber einige Striche genügen auch, um es fühlbar zu machen, unter welchen seelischen und körperlichen Qualen eine große Zahl unserer Genossen und Genossinnen viele, viele Jahre ihres Lebens verbringen müssen, so lange bis sie eine siegreiche Revolution, eine Umwälzung im Reiche des Zaren erlöst.

Aus Nah und Fern.

Entschädigungsklage gegen Polizeipräsident von Jagow. Die Gastwirte im Treptower Park, denen die Polizei am Sonntag das ganze Geschäft verdorben hat, wollen gemeinsam den Polizeipräsidenten auf Entschädigung verklagen. Sie schätzen den erlittenen Schaden auf mehrere zehntausend Mark.

Familiendrama. In Niklasdorf bei Ziegenhals (Schlesien) sprang die verwitwete Fabrikarbeiterin Lachnitt, Mutter von acht Kindern, mit ihren jüngsten beiden Kindern, einem Mädchen von vier und einem von zwei Jahren, in den tiefen Fabrikteich. Alle drei ertranken.

Die Köpenicker trauen niemandem mehr. Die Köpenicker haben aus dem Falle „ihres" Hauptmannes Wilhelm Voigt die nötigen Lehren gezogen. Sie sind jetzt gegen alles, was Uniform trägt, mißtrauisch geworden, besonders wenn es ein Hauptmann ist. Dafür liefert folgende hübsche Geschichte einen Beweis: Das zweite Bataillon des Elisabeth-Regiments in Charlottenburg-Westend hatte eine Nachtübung bei Köpenick. Damit den Mannschaften am frühen Morgen Kaffee gegeben werden konnte, fuhr vor einigen Tagen ein Hauptmann des Regiments nach Köpenick und bestellte dort bei einem Gastwirte für vierhundert Mann Kaffee. Das war dem Wirte verdächtig. Kaum hatte der Herr Hauptmann Köpenick verlassen, so klingelte beim Elisabeth-Regiment das Telephon und es wurde angefragt, ob die Sache mit dem Kaffee, den der Herr Hauptmann bestellte, denn auch seine Richtigkeit habe. Diesmal entpuppte sich zur Freude des Köpenicker Wirtes der Offizier als ein echter Hauptmann.

Preußische Gastfreundschaft. Ein in Herten (Westf.) wohnender österreichischer Bergarbeiter erhielt im Februar dieses Jahres die Aufforderung, Herten und das preußische Staatsgebiet binnen wenigen Tagen zu verlassen. Der Mann wurde während der ihm gegebenen Frist krank und zwar derart, daß er mittels Krankenwagens nach dem Krankenhaus in Recklinghausen gebracht werden mußte. Am 2. März wurde er aber bereits wieder entlassen. Als der Mann pflichtgemäß sich seinem zuständigen Knappschaftsarzt vorstellte, erklärte dieser, daß er ihn unmöglich arbeitsfähig schreiben könne; er begreife gar nicht, wie das Krankenhaus ihn habe als geheilt entlassen können. Und siehe: Am 3. März schon wurde der kranke Mann per Schub über die Grenze gebracht! Unerhört!

Ein Gauner. In Gelsenkirchen entwendete ein in einem Geschäft angestellter Lehrling zwei von seinem Chef vollzogene Schecks auf insgesamt 12 540 Mk. Um eine Benachrichtigung der Bank und der Polizei zu erschweren, zerschnitt er vorher die Telephonleitung und hob dann den Betrag der Papiere ungehindert ab. Bisher wurde er noch nicht gefaßt.

Pocken. In dem Orte Seershausen sind bei mehreren unter verdächtigen Erscheinungen erkrankten Personen amtlich Pocken festgestellt worden. Zur Verhütung der Weiterverbreitung sind alle Maßnahmen getroffen.

Auf einen Eilzug wurde nach einer Breslauer Meldung des „Berliner Tageblatts" unweit von Oels ein Attentat verübt, um den Zug zum Entgleisen zu bringen. Auf die eine Schiene war ein herausgerissener Kilometerstein und auf die andere ein großer Pflasterstein gelegt worden. Als der Zug die Stelle passierte, gab es einen gewaltigen Ruck. Der Bahnräumer der Maschine wurde beschädigt.

Schweres Unglück. Die „Landshuter Zeitung" meldet aus Reisbach (Niederbayern): Am Sonnabend stürzte in einer Kiesgrube ein Teil der zehn Meter hohen Wandung ein und tötete zwei Arbeiter. Zwei weitere wurden mit Mühe gerettet.

Ertrunken. Aus Eisleben wird berichtet: In Eilerts Teich wurden Sonntag vormittag ein dreizehnjähriges Mädchen und ein zehnjähriger Knabe tot aufgefunden. Es scheint sich um auswärtige Kinder zu handeln.

Mord und Selbstmord. In Weimar erschoß in einer der letzten Nächte der 54jährige Maurermeister Born seine Wirtschafterin, die 54jährige Kramer, nach vorausgegangenem Streit, und sich selbst.

92 Tote. Nach weiteren Meldungen aus Winnipeg sind durch die Lawine, die von dem Kamm des Selkirkgebirges auf den Rogers Paß niedergegangen ist, zweiundneunzig Personen ums Leben gekommen.

Racheakt. Ein junger, elegant gekleideter Mann, der in Glasgow verhaftet wurde, zog auf dem Polizeibureau einen Revolver und verwundete vier Beamte schwer. Alsdann richtete er die Waffe auf sich selbst und verletzte sich tödlich.

Familiendrama. Aus Linz wird gemeldet: In Riedau erschoß der Gastwirt Ranhartberger seine Gattin, seine beiden Kinder im Alter von fünf und drei Jahren und verletzte ein neunjähriges Kind lebensgefährlich; dann verübte er Selbstmord. Das Motiv ist in mißlichen Vermögensverhältnissen und Krankheit zu suchen.

Ein zwölfjähriger Erfinder. Das Wiener Patentamt erteilte einem zwölfjährigen Knaben namens Ganz, Schüler der zweiten Gymnasialklasse, ein Patent auf eine neuartige Schutzvorrichtung für Straßenbahnwagen.

Verschwundener Geldbrief. Auf dem Postamt in Mährisch-Ostrau ist ein an die dortige Handelsbank adressierter Geldbrief, enthaltend 150 000 Mk., spurlos verschwunden.

Die Folter in Ungarn. Man schreibt der „W. Arb.-Ztg." aus Budapest: In der am jüngsten Sonntag abgehaltenen Generalversammlung der hiesigen Advokatenkammer wurde unter anderem der Antrag angenommen, im Jahresbericht die Forderung zum Ausdruck zu bringen, daß die Verwendung der Polizei- und der Gendarmeriemannschaft zum Strafuntersuchungsverfahren abgeschafft werde. Es herrscht nämlich besonders bei der Gendarmerie der schändliche Mißbrauch, daß die Mannschaft jedem eines Verbrechen Verdächtigten durch Folterungen Geständnisse zu erpressen trachtet. Die Untersuchungshäftlinge werden furchtbar geprügelt, das ist aber nur der erste Grad; man legt sie auf die Pritschen nieder und hält ihnen Spiritusflammen unter die nackten Fußsohlen und was derlei Martern mehr sind; „am beliebtesten" ist das Verfahren, die Untersuchungshäftlinge nur mit Heringen zu füttern und ihnen jeden Trunk solange zu verweigern, bis sie gestehen. Erst kürzlich hat das Nyiregyhazaer Schwurgericht eine des Gattenmordes angeklagte Bäuerin freigesprochen, weil es sich herausstellte, daß sie nur unter den Martern, die ihr die uniformierten Folterknechte zufügten, ein Geständnis ablegte. Neuestens wird über das Treiben der Gendarmen folgendes bekannt: Am 2. Februar wurde in der Gemarkung der Gemeinde Nyirlövö der 82jährige Viehhändler Hermann Wasser ermordet und beraubt aufgefunden. Als der Tat verdächtig wurden zwei Schäfer, Andreas Jambrik und dessen Sohn, verhaftet. Dann aber wurden die Gendarmen auch auf eine andere Spur gelenkt und sie nahmen eine ganze Zigeunerkarawane fest. Diese Woche hat das Gericht sämtliche Häftlinge, die Zigeuner und die beiden Jambrik in Freiheit gesetzt, denn es wurde erwiesen, daß ihnen, trotz ihrer Unschuld, die folternden Gendarmen Geständnisse erpreßt hatten. Derlei gehört hierzulande fast zu den Alltäglichkeiten. Und dabei werden die Gendarmen, vor deren Klauen auf dem flachen Lande kein Mensch sicher ist, „Organe des Sicherheitsdienstes" genannt.

Die gefährlichste Baumwollkrankheit. In den Vereinigten Staaten erleidet die Landwirtschaft jetzt einen jährlichen Verlust von rund hundert Millionen Mark an ihrer Baumwollernte durch einen Feind der Baumwollpflanze, der vor kurzer Zeit überhaupt noch kaum bekannt war. Die Amerikaner nennen ihn Baumwollsamenwurm. Die wissenschaftliche Untersuchung hat in ihm die Larve eines Käfers aus der Gattung Anthonomus erkannt, zu der auch der berüchtigte Apfelblütenstecher gehört. Zu den ungeheuren Summen, die dieses Insekt durch seine Verwüstungen zunichte gemacht hat, sind noch die stattlichen Ausgaben für seine Bekämpfung hinzuzurechnen. Jedenfalls ist man jetzt dahin gelangt, die Lebensweise der Maden, der ausgewachsenen Käfer und den Verlauf der ganzen Entwicklung genau zu kennen, so daß jetzt besser beurteilt werden kann, wo der Kampf gegen diese Schmarotzer mit größter Aussicht auf Erfolg einzusetzen hat. Bisher hatte man auch noch keine Kenntnis davon, wie die Insekten den Winter überdauern, während man jetzt weiß, daß erwachsene Käfer an verschiedenen Stellen, zum Beispiel in alten Samenkapseln, die an den Baumwollstengeln haften bleiben, ihr Leben während des Winters fristen. Immerhin bleiben nur wenige von ihnen bis zum Frühjahr am Leben, aber bei der schier grenzenlosen Fortpflanzungsfähigkeit der Insekten genügen diese wenigen Individuen, um für das nächste Jahr wieder ganze Heere hervorzubringen, die nach vielen Millionen zu beziffern sind. Die Überwinterung darf jedoch als der wunde Punkt der Lebensgeschichte des Insekts bezeichnet werden, und deshalb ist jetzt in Amerika ein Schlachtplan ausgearbeitet worden, der den Baumwollsamenwurm durch geeignete Maßnahmen während des Winters mit der Ausrottung bedroht. Auf alle Fälle aber wird man es sich noch manche weiteren Millionen kosten lassen müssen, ehe dieses Ziel erreicht sein wird.

Theater und Musik.

Neues Stadttheater. 1. Gastspiel des Großherzogl. Sächs. Hofschauspielers Karl Grube vom Hoftheater in Weimar. „Die Journalisten". Lustspiel in 4 Aufzügen von Gustav Freytag. Es heißt dem Werk nur gerecht werden, wenn eine Aufführung desselben das Kostüm der Zeit anlegt, aus der heraus es geboren ist. Und so war es recht bedauerlich, daß die anheimelnde Stimmung, die aus dem Milieu quoll, durch die nicht völlige Einheit im Stil etwas gestört wurde. Ach ja, der zeitliche Hintergrund zu den „Journalisten" ist schon stark „historisch" geworden. Die Tage unserer Großväter sind längst vorüber. Wie blaß, wie sanft, ein Sturm in einem Wasserglase, erscheinen uns die politischen Erregungen dieser Zeit, wie korrekt, fast blutleer die Menschen in ihrem Kämpfen und Begehren! Ein feiner Lavendelduft weht aus diesem Stück entgegen, jene eigenartig dumpfe Luft, wie sie Großmutters Staatsstube eigen war, die nur selten im Jahre sich öffnete. Und doch ist ein Blick auf diese Tage recht interessant, zumal der Dichter mit immer noch bewunderungswürdiger Kunst vor diesem Hintergrunde Charaktere agieren läßt, die mit liebenswürdigem, wenn auch nicht gerade sehr tiefem Humor eine ritterliche, vornehm-freie Gesinnung verbinden. Für die heutigen Schauspieler mag es schon nicht mehr ganz leicht sein, den Ton zu treffen, der in dieser Freytagschen Dichtung durchklingen muß. Zu unserer Freude gelang es jedoch den Darstellern überwiegend. Famos war der Gast als Konrad Bolz. Zog schon die stattliche, männlich schöne Erscheinung die Aufmerksamkeit auf sich, so hielt ihn die erfrischende Leichtigkeit und sichere Pointierung seines Spiels unausgesetzt im Mittelpunkt des Interesses. Das war der echte, sieghafte Bonvivant, wie er unserm Ensemble bisher leider noch fehlt. Herr Brunow war im allgemeinen ein recht sympathischer Oberst. Klug, graziös, schalkhaft, mit wohltuender Wärme gab Frl. Betke die Adelheid Runeck. Ein klein wenig verzerrt zeichnete Herr Scholz den Gutsbesitzer Senden. Reserviert vornehm hielt Herr Stahl-Nachbaur den Professor Oldendorff. Der reichlich farblosen Rolle der Ida vermochte auch Frl. Walter eine stärkere Anteilnahme nicht zu sichern. Ein kleines Kabinettstück bot hingegen Herr Fuchs als Weinhändler Piepenbrink. Ebenso wirkte auch Herr Albert als Korb ganz prächtig. An dem schüchternen Bellmaus versuchte sich Herr Ellmar mit gutem Gelingen. Desgleichen trug der Schmock Herrn Taube einen hübschen Erfolg ein, wenn schon diese dankbare Rolle auch ohne billige Mätzchen noch wirksamer hätte wiedergegeben werden können. Das Publikum äußerte sich über die unter Herrn Brunows Leitung stehende Aufführung recht dankbar und zeichnete namentlich den Gast nach jedem Aktschluß in ehrender Weise aus. lm.

Literarisches.

Kommunale Praxis. Die uns vorliegenden Hefte 7 und 8 bieten eine reiche Auslese kommunalpolitischer Abhandlungen und Nachrichten aus allen Teilen Deutschlands, die für jeden, der sich auf dem weiten Gebiet der Gemeindepolitik betätigt oder den kommunalpolitischen Angelegenheiten besonderes Interesse entgegenbringt, von größter Wichtigkeit sind. Besonders hervorheben wollen wir folgende Artikel: Ein Konflikt zwischen Staat und Kirche; Gemeindeschulden; Der Rixdorfer Wahlrechtsstreit vor dem Oberverwaltungsgericht, von Rechtsanwalt Wolfgang Heine, Berlin; Neuregelung der Gemeindeschullasten. Die Kommunale Praxis erscheint wöchentlich und kostet pro Quartal 3 Mk. Alle Buchhandlungen und Zeitungsspeditionen nehmen Bestellungen entgegen. Probenummern gratis vom Verlag der Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW. 68.

Verantwortlicher Redakteur: Johannes Stelling.
Verleger: Th. Schwartz. Druck: Friedr. Meyer u. Co.
Sämtlich in Lübeck.

Drucksachen jeder Art für **Vereine, Handwerker und Gewerbetreibende** werden sauber und pünktlich ausgeführt in der **Buchdruckerei des „Lübecker Volksbote"**